

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen:
Stettenerstr. 68, monatl. 1.10 RM.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die festgesetzte Kolonnen-
zeile über deren Raum 20 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Besprechungen 30 Pf.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wähler von Potsdam! Wähler der Provinz Brandenburg!

Heute ist Stichwahl. Auf jede Stimme kommt es an!

Erscheint Mann für Mann an den Urnen! Stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Die Wurzeln des Sieges.

Von Karl Kautsky.

I.

Die Zahlen der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen
legen jetzt für das ganze Reich vor. Sie bestätigen und ver-
stärken den ersten Eindruck. Höchstens insofern bedarf dieser
einer Korrektur, als der Rang an propagandistischer Kraft
diesmal nicht den ganzen Liberalismus, sondern seinen rechten
Flügel, den Nationalliberalismus kennzeichnet, der sich gerade
nur behauptete, seine Stimmenzahl bloß um 35 000 Stimmen
vermehrte, um 2 Proz., bei einer Steigerung der Gesamtzahl
der gültigen Stimmen um mehr als 8 Proz. Die Freisinnige
Volkspartei hat besser abgeschnitten, sie wuchs um über 300 000
Stimmen.

Die schwarzbauen Blockbrüder verzeichnen aber einen
direkten Verlust von rund 300 000, bei einer Steigerung der
Gesamtstimmenzahl um fast 1 Million. Sie umfaßten 1907
noch 4 638 000, 1912 nur noch 4 333 000.

Der Sozialdemokratie fielen 35 Proz. der
Stimmen zu. In Wirklichkeit ist aber der geistige Einfluß
unserer Partei auf die Bevölkerung weit stärker, als diese
Zahlen bezeichnen. Wenn 35 Proz. der politisch interessierten
männlichen Bevölkerung über 25 Jahren für uns stimmen,
kann man wohl annehmen, daß in den 3 1/2 Millionen junger
Leute von 18 bis 25 Jahren die Hälfte auf unserer Seite steht.
Unter den älteren proletarischen Elementen gibt es wieder
viele, die sozialdemokratisch empfinden, es jedoch nicht wagen,
ihre Stimmrecht zugunsten unserer Sache auszuüben. Der
Terrorismus durch Ausnutzung aller gottgegebenen Abhängig-
keiten, der namentlich auf dem Lande in schamlosester Weise
geübt wird, richtet sich vornehmlich gegen die Sozialdemo-
kratie. Er raubt uns nicht bloß zahlreiche Stimmen, er zwingt
nicht wenige, die im Herzen zu uns gehören, ihr Votum gegen
uns abzugeben. Unsere Gegner lieben es, sich damit zu trösten,
daß die meisten unserer Wähler nur Mitläufer seien. Konser-
vative und Zentrumler wären in manchen Wahlbezirken froh,
wenn sie Mitläufer hätten. Ihre Wähler sind vielfach bloße
Gefolter, die nicht freiwillig zur Wahl gehen, sondern von
Fronbögen dazu gezwungen werden müssen.

Von den drei großen Parteigruppen, die die Grundrente,
den Kapitalprofit, den Arbeitslohn vertreten, ist die letzte
heute bereits der Zahl nach in der Bevölkerung die stärkste.
Sie ist aber auch die kampffähigste. Sie beherrscht die Zen-
tren des ökonomischen Lebens — fast alle großen Städte sind
diesmal schon im ersten Wahlgang unser geworden oder sehen
die Sozialdemokratie in der Stichwahl. Die Massen, die uns
anhängen, sind unter den arbeitenden Massen die intelligenten
und energiegeltesten. Jene Arbeiterelemente, die sich noch
von unseren Gegnern als Kanonenfutter mißbrauchen lassen,
sind es aus Gewohnheit oder aus Furcht, nicht aus klarer Er-
kenntnis.

Endlich aber bildet der proletarische Block eine einheitliche
Partei, deren Geschlossenheit gelegentliche Meinungsver-
schiedenheiten nicht zu lockern vermögen. Diese Einheitlichkeit
und Geschlossenheit rührt daher, daß das arbeitende Proleta-
riat die große Masse der Bevölkerung darstellt. Nur aus einer
einzigsten Klasse braucht unsere Partei ihre Massen zu rekruti-
eren, sie braucht nur ein einziges Klasseninteresse zu ver-
treten.

Die Interessen des Profits und der Grundrente sind da-
gegen keine Masseninteressen. Die Besitzenden werden nicht
bloß von Jahr zu Jahr immer mehr die Minderheit der Be-
völkerung. Sie zerfallen auch in mehrere Gruppen, deren
Interessen sich mannigfach kreuzen. Keine dieser Gruppen
kann auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen allein eine
Massenpartei bilden. Jede muß, um Massen anzuziehen, sich
den Anschein geben, daß sie Interessen mannigfacher Art ver-
tritt, die gar nicht die ihrigen sind. Und nirgends kann die
Gesamtheit der Besitzenden sich in einer einzigen Partei zu-
sammenschließen. Entweder sind die Besitzenden dazu ver-
urteilt, in zahlreiche Parteien zu zerfallen, oder ihre Parteien
sind dazu verurteilt, lose Gebilde ohne Disziplin und Zu-
sammenhalt zu bilden, wenn die Verhältnisse sie zum Zu-
sammenschluß in ein paar große Parteien oder „Blöcke“
führen.

Die reaktionären Parteien erleben diesen
Mangel einigermaßen dadurch, daß sie sich auf machtvolle,
überkommene Organisationen stützen, die Ultramontanen auf
die katholische Kirche, die Konservativen auf den Staat. Den
Liberalen fehlt diese Stütze, so können sie es nicht zu Ge-

schlossenheit und Einheitlichkeit bringen, werden wie Spreu
vor dem Winde hin und her gefegt. Sie predigen uns die
Blockpolitik und vermögen nicht einmal unter sich zu einem
einigen Block zu kommen. Die Stichwahlen scheinen diesmal
neue Belege dazu liefern zu wollen. Nationalliberale schiden
sich bereits an, nicht bloß gegen sozialdemokratische, sondern
sogar gegen fortschrittliche Kandidaten für konservative ein-
zutreten.

Die Ultramontanen wiederum fühlen den Boden
unter sich wanken. Die Stütze der katholischen Kirche genügt
ihnen nicht mehr. Sie, die ehemals für diese und mit ihr den
Kampf gegen die Staatsgewalt siegreich ausgefochten, haben
bei der letzten Wahl bereits sehr vernehmlich nach Staatshilfe
geschrien. Aber der Kampf gegen die Staatsgewalt hat das
Zentrum groß gemacht, ihm zahlreiche oppositionelle, prole-
tarische Elemente zugeführt, die sich mit der heutigen Staats-
gewalt unmöglich veröhnen können. Je mehr das Zentrum
die staatlichen Kräfte zu seinem Vorwärtskommen benutzt,
desto rascher werden ihm seine proletarischen Hilfstruppen
davonmarschieren.

Der mehr geschlossene Block der Rechten ist im Rückgang
begriffen. Der Block der Liberalen, der nicht an Stimmen
verloren hat, zeigt sich ohne Halt, ohne Einheitlichkeit, ohne
Disziplin. Beiden gegenüber steht die Sozialdemokratie, eini-
ger und zahlreicher als je. Das ist die Signatur des jüngsten
Wahlkampfes.

Welch* politische Situation er schafft, das läßt sich erst er-
messen, wenn die Stichwahlen vorbei sind. Das Verhalten
der einzelnen bürgerlichen Parteien bei diesen Wahlen wird
uns einigen Anhaltspunkt zur Voraussicht dessen geben
können, was wir von ihnen im Reichstag zu erwarten haben.

Heute schon aber gestattet uns ein Rückblick auf die Ur-
sachen, denen unser Wahlsieg entsproß, die Probleme zu er-
messen, die er dem kommenden Reichstag stellt.

II.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diesmal die
Leuerung die Haupttriebkraft der so überwältigenden
oppositionellen Stimmung der Massen bildete. Sie allein hätte
jedoch nicht zu unseren Gunsten gewirkt. Hohe Preise hatten
wir auch schon 1907. Aber damals wirkten sie eher gegen als
für uns. Der Unterschied in der Situation liegt darin, daß
wir im Januar 1907 noch eine Ära der Prosperität hatten,
indessen wir jetzt eine Ära der Krisis hinter uns haben, die
noch nicht durch einen entschiedenen und länger dauernden
Aufschwung unterbrochen ist. Wenn in den Jahren von 1904
bis 1907 die Preise stark stiegen, so erlaubte es der gute Ge-
schäftsstand, daß die Arbeiter, wenigstens die gewerkschaftlich
organisierten, ihre Löhne noch rascher steigerten. Sie konnten
ihre Lage verbessern, trotz der Leuerung. Das machte manche
unter ihnen politisch indifferent. Auf der anderen Seite sahen
die kleinen Unternehmer sowie die Festangestellten, die unter
der Leuerung litten, deren Hauptursache in den gestiegenen
Löhnen, was sie gegen die Arbeiter und gegen deren Partei
erbitterte.

Die Krisis seit 1907 hat den Aufstieg der Löhne zum Still-
stand gebracht. Selbst den gewerkschaftlich organisierten Ar-
beitern gelang es nur selten in diesem Zeitraum, erhebliche
Lohnaufbesserungen zu erringen; fast nie überstiegen diese das
Maß der Leuerung. Die große Masse der Arbeiter sah ihre
Lebenslage entschieden verschlechtert. Nicht minder litten
unter der Leuerung die kleinen „selbständigen“ Leute und die
Angestellten. Jetzt aber wurde es ihnen klar, daß nicht die
Lohnverhältnisse daran schuld waren, sondern die ökonomische
und politische Herrschaft der großen Ausbeuter.

Deren Joch wurde jetzt auch von zahlreichen nichtprole-
tarischen Schichten immer drückender empfunden. Die regie-
renden Klassen haben alles aufgebieten, den Druck noch zu ver-
schärfen.

Der glänzende Wahlsieg von 1903 war nicht zum wenig-
sten eine Folge des energischen Kampfes gewesen, den unsere
Fraktion so gut wie allein gegen die Erhöhung der Zölle im
Reichstag geführt hatte. Der wirtschaftliche Aufschwung von
1904 bis 1907 schien aber die Auffassung unserer Partei von
der Verderblichkeit des neuen Tarifs zugen zu strafen. Unsere
Gegner schafften gegen ihn wirkte in dieser Zeit bei den Massen
durchaus nicht zu unseren Gunsten. Das ist in den letzten
Jahren ganz anders geworden. Selbst zahlreiche Kleinbauern
leiden heute unter den Zöllen auf Brotgetreide und Futter-
mittel, ebenso wie die gesamte städtische Bevölkerung. Sie
alle erinnern sich jetzt, wie die einzige Partei, die mit aller
Entschiedenheit die Durchsetzung dieser Zölle zu verhindern
suchte, die Sozialdemokratie war. Das wurde noch mehr ins

Nicht geseht durch die hartnäckige Weigerung der Regierung,
auch nur vorübergehend die drückendsten Härten der Kornzölle
zu mildern, und besonders erbitternd mußte die freche Forde-
rung weiterer Erhöhungen der Agrarzölle durch die Junker
wirken. Dabei wird durch die Praxis der Polizei und Gerichte
das Koalitionsrecht der Arbeiter immer mehr eingeschränkt,
das schon durch die Ausdehnung der Unternehmerverbände
immer mehr beeinträchtigt wird. Immer schwieriger wird es
für den Arbeiter, sich der Leuerung zu erwehren. Junker und
Scharfmacher aber sind nicht einmal damit zufrieden. Sie
fordern weitere gesetzliche Erschwerungen des Koalitions-
rechtes. Und die Regierung zeigt sich gewillt, sie ihnen zu ge-
währen. Also Einschränkung des Koalitionsrechtes und höhere
Zölle! Das heißt, der deutsche Arbeiter soll nicht mehr mit
Knuten, sondern mit Skorpionen gezüchtigt werden!

Bei der Wahl von 1907 hatte die Zollfrage keine Rolle
gespielt. Es waren Hottentottenwahlen gewesen. Die SoLo-
n i a f r a g e war im Vordergrund gestanden. Auch sie hat
seitdem ein ganz anderes Gesicht gewonnen.

1907 handelte es sich um die Fortführung des Krieges
gegen die Hereros, der keine großen Kosten mehr bestritten
lieb. Und welche glänzenden Aussichten sollten dafür die
Kolonien und eröffnen! Dem kleinen Bauern, denen, dank
den Agrarzöllen, der Erwerb von Boden durch die gesteigerten
Bodenpreise erschwert wird, wurde billiges Land verheißen.
Den Industriellen, Unternehmern wie Arbeitern, die unter
der Leuerung des Rohmaterials litten, billige Rohstoffe, wie
Baumwolle und Kupfer.

Alle diese Verheißungen haben sich seitdem als blauer
Dunst erwiesen. Dabei hat aber die Kolonialpolitik seitdem
eine Eigenschaft in den Vordergrund treten lassen, die sie
früher weniger offen zeigte: den Gegensatz, in den sie uns zu
England bringt, und seine Folgen.

Hatte es sich 1907 nur um den Krieg gegen die Hereros
und dessen Kosten gehandelt, so waren wir diesmal durch die
Kolonialpolitik wenige Monate vor dem 12. Januar nicht vor
den Weltkrieg geführt worden. Vorher schon aber hatte die
Regierung die Rechnung des von ihr verurteilten wahlunsi-
gen Betrüsters in der Form einer halben Milliarde
neuer Steuern dem deutschen Volke präsentiert. Und daß das
nicht langt, ist seitdem schon offenbar geworden.

Auf die Kriegsgefahr hatten manche unserer Gegner ge-
baut. Sie hofften dadurch den furor teutonicus zu entzün-
den, der sich wieder einmal gegen die vaterlandslose Rotte wen-
den werde. Aber diesmal versagte der chauvinistische Kalkül.
Die Kriegsgefahr bedeutete ebendies in den Augen der Volks-
masse alle Schreden einer feindlichen Invasion. Dagegen ge-
wappnet zu sein, erschien ihr eine dringende Notwendigkeit.
Unsere Versicherungen, daß auch wir die Nation nicht wehlos
machen wollten, traute man vielfach nicht. Man hielt sich an
das, was die bewährten Feldherren der Armee für notwendig
erklärten.

Aber heute steht es ganz anders. Deutschland ist jetzt an
Volkzahl doppelt so stark wie Frankreich — und Rußland
ist einem Großstaat gegenüber ohnmächtig. Der Gegensatz,
der heute den Weltfrieden bedroht, ist der zwischen Deutsch-
land und England, ist einer, der zur See ausgefochten wird,
nicht um Reichsland zu schütten, sondern um tropische Sümpfe
und Wälder zu gewinnen. Ungeheurer als je seit die Kosten
des Einjages und winzig — wenigstens für die Volksmasse —
der Preis des Sieges.

So hat diesmal der Appell an den Nordspatriotismus
völlig versagt, der 1887 und auch noch 1907 so gewaltig
wirkte. Nie hat unsere Partei energischer als im vergangenen
Jahre ihren festen Willen bekundet, allen kriegerischen Ge-
süsten mit aller Macht entgegenzutreten. Das hatte dazu ge-
führt, daß in unserer Partei die Frage erörtert wurde, ob
der Massenstreik ein geeignetes Mittel sei, den Ausbruch
eines Krieges zu verhindern. Unsere Gegner haben nicht er-
zögert, dies dahin zu verdröhen, daß wir den Streik der
Soldaten im Kriegsfall predigten, und daß wir den Streik
gegen den Krieg einseitig bloß bei uns predigten, Deutsch-
land wehrlos machen wollten.

Nie vorher hatten diese Ideen in der Wahlagitacion eine
Rolle gespielt. Es half alles nichts. Trotz alledem hat die
Sozialdemokratie eine Million Stimmen mehr erhalten wie
letztes Mal, und die besonders patriotischen Parteien
300 000 Stimmen weniger.

Der Kampf gegen die Leuerung, die Agrarzölle, um das
Koalitionsrecht, gegen neue Steuern, die Weltpolitik, das
Betriebsrecht, um den Weltfrieden — das ist die Wurzel, der
unser Wahlsieg diesmal entsproß. Und damit sind auch die

Probleme bezeichnet, die den neuen Reichstag beschäftigen werden, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle unerhörte Situationen schaffen.

Das Volk hat gesprochen, nun haben die Parlamentarier das Wort. Der Ausfall der Stichwahlen wird bereits einigermaßen erkennen lassen, welche Mehrheit wir zu erwarten und wessen wir uns vor ihr zu verhalten haben.

Aber wie immer die Reichstagsmehrheit sich gestalten mag, die Partei der vier Millionen wird von dem herrschenden Regime nicht ignoriert werden können. Es muß ihr entweder Konzessionen machen oder den Krieg aufs Messer erklären.

Wir werden die Gewinnenden sein in dem einen Falle wie in dem anderen. Denn die Klasse, deren Interessen unsere Partei vertritt, ist die einzige, die stetig wächst. Und in allen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, um die sich auch der Wahlkampf dreht, vertreten wir mit den Interessen des Proletariats auch die der gesamten Nation. So kann es nicht lange dauern, und die große Mehrheit steht hinter uns. (Neue Zeit.)

Die heutigen Stichwahlen.

Potsdam-Osthavelland (Soz.-Reichspartei), Landsberg-Soldin (Konf.-Soz.), Frankfurt a. O.-Sebus (Soz.-Nat.), Guben-Lübzen (Nat.-Soz.), Sorau-Forst (Nat.-Soz.), Kalau-Ludau (Soz.-Konf.), Striegau-Schweidnitz (Soz.-Konf.), Grünberg-Freystadt (Soz.-Konf.), Liegnitz-Haynau (Soz.-Fortschr.), Schönau-Sirßberg (Fortschr.-Soz.), Sangerhausen-Edartsberga (Nat.-Soz.), Querfurt-Merseburg (Soz.-Fortschr.), Nordhausen (Soz.-Fortschr.), Altena-Tzerlorn (Soz.-Fortschr.), Bochum-Geisenkirchen (Soz.-Nat.), Dortmund (Soz.-Zentr.), Penney-Nemtsch (Soz.-Fortschr.), Eiberfeld-Warmen (Soz.-Reichspartei), Düsseldorf (Soz.-Zentr.), Eisen (Zentr.-Soz.), Rülheim-Duisburg (Soz.-Nat.), Büllichau-Krossen (Reichsp.-Fortschr.), Glogau (Konf.-Fortschr.), Lüben-Sunglau (Fortschr.-Konf.), Salzwedel-Gardelegen (Konf.-Bauernb.), Liebenwerda-Zorgau (Soz.-Nat.), Schweinitz-Wittenberg (Konf.-Fortschr.), Dönabrück (Zentr.-Nat.), Wers-Nees (Zentr.-Nat.), Elbing-Marienburg (Konf.-Reichsp.), Schwet (Pole.-Reichsp.), Krottschin (Pole.-Reichsp.), Dypeln (Pole.-Zentr.).

Zum Stichwahlausfall in Bayern.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Die letzten Entscheidungskämpfe in Bayern sind am Montag ausgefallen worden und haben die schwarze bayerische Landkarte durch einige lichte Flecke aufgehellt. Wenn man bedenkt, daß Bayern, diese südlerecke, eine der sichersten Hochburgen der schwarzen Reaktion ist, so kann man mit dem Ausgang für dieses Mal zufrieden sein. Namentlich die Sozialdemokratie hat überaus glänzend abgeschnitten, wenn sich auch nicht alle Erwartungen erfüllten, die unsere optimistischen Genossen gehegt haben. Im Jahre 1907 fielen von den 48 bayerischen Reichstagsmandaten 24 an das Zentrum, 5 an Bündler und Konservative, 3 an die Sozialdemokraten, 4 an die Nationalliberalen und 2 an die Freisinnigen. In Nachwahlen verloren die Nationalliberalen Landau an die Sozialdemokraten, gewannen aber dafür Kempton-Jimmensstadt mit sozialdemokratischer Hilfe vom Zentrum. Die jüngsten Stichwahlen haben das Bild erheblich verändert. Gewählt sind 29 Zentrumsleute, 8 Bündler und Konservative, 9 Sozialdemokraten, 4 Nationalliberale sowie 3 Mitglieder des Deutschen und des Bayerischen Bauernbundes. Die Freisinnigen sind vollständig ausgefallen. Sie haben ihre beiden Sitze (Hof und Erlangen-Fürth) an die Sozialdemokratie verloren. Schwarzblau hatte 1907 insgesamt 39 Mandate, die sich in der Nachwahl auf 35 verringerten; jetzt nur noch 32, also Verlust 7 resp. 6 Mandate. Somit hat die verbündete Reaktion zwar noch genau zwei Drittel aller Reichstagsitze inne, aber das verdankt sie nur der Wahlkreiseinteilung. Die bei der Hauptwahl am 12. Januar abgegebenen Stimmen reden eine andere Sprache. Da fielen auf die schwarzblaue Partei rund 650 000, auf die Wiedgegner aber 648 000 Stimmen, ein Beweis, daß auch die Mehrheit des bayerischen Volkes nichts von der Wählerpolitik des Zentrums und seiner Mitschuldigen wissen will.

Das die Einzelergebnisse anbelangt, so brachten sie, wie schon erwähnt, bei allen erhebenden Erfolgen, doch auch einige Enttäuschungen für unsere oft zu hoffnungsfreudigen Genossen. Die Liberalen, besonders die Freisinnigen, haben im allgemeinen die ausgegebene Stichwahlparole: Gegen rechts! befolgt, wenn auch da und dort anfangs große Reizung zu Spezialkandidaturen mit den Schwarzblauen bestand. Erwähnenswert ist, daß die liberalen Parteileitungen entschieden gegen derartige Gesinnungen und rücksichtslos die Unterstützung der in Stichwahl stehenden Sozialdemokraten forderten. Hauptächlich in Würzburg, wo Franz Schmitt München mit dem bisherigen Zentrumskandidaten Dr. Thaler um die Entscheidung zu ringen hatte, haben sich die Liberalen nussertigig gehalten, wozu wohl das meiste das energische Eintreten des aus der Stichwahl ausgeschiedenen liberalen Kandidaten Hüblich für die Sozialdemokratie und der liberalen Presse beigetragen hat. Dieser Wahlkreis muß unter allen Umständen auch für die Zukunft gestaltet werden. Der Boden ist günstig. Einige schöne Wahlkreise künftigen am Wahltag wie die Scherzfrage: Was hat die Würzburger Stichwahl gelöst? — Nicht viel, nur einen Thaler. Ferner das Verzeichnis:

„Der alte Thaler ward erst jetzt als Reichsmünze außer Kurs gesetzt.“

In Schweinfurt, wo unser Kandidat Sädler ebenfalls mit einem Zentrumsmann zu kämpfen hatte, sind wir leider mit einer Niederlage von 2000 Stimmen unterlegen. Hier haben die Liberalen versagt, denn Sädler erreichte in der Stichwahl nicht so viel Stimmen, als Sozialdemokraten und Liberale bei der Hauptwahl zusammen. Während bei der Hauptwahl die Zahl der abgegebenen Stimmen 80,73 Proz. aller Wahlberechtigten betrug, gingen am Stichwahltag nur 87,11 Proz. zur Wahl.

In Wittelsbach haben wir dem Bündler Hainagel den Wahlkreis Kastab-Schwabach abgenommen. Auch hier sind die Liberalen der Parole gefolgt. Die Absichten einer kleinen Elite, den Kreis den Bündlern zuzuschicken, um Bayreuth mit deren Hilfe gegen uns zu behaupten, sind in letzter Stunde noch zurückgemacht worden. Einen der erfreulichsten Erfolge haben wir in Kaiserlautern zu verzeichnen, wo mit liberaler Hilfe der Oberbündler Dr. Köfide von uns hinausgeworfen wurde. Er ist nun gänzlich abhandlos. Schmerzlich ist der Ausgang in Kronach-Lichtenfels, wo Genosse Seelmann gegen den Zentrumsmann Dr. Pfeiffer mit 1800 Stimmen Niederlage unterlag. Hier sind die Liberalen nicht ganz zuverlässig gewesen. Der Wahlkreis muß unter allen Umständen von uns geholt werden. Die zahlreichen Heimarbeiter der Nordwarenindustrie im Maintal, der Schiefer-, Stein- und Holzindustrie im Franken-

wald usw. sind, so weit sie noch nicht zu uns gehören, zu gewinnen. Es wird notwendig sein, noch mehr als bisher die Organisation auszubauen.

Augsburg konnten wir ebenfalls dem Zentrum nicht abnehmen, doch der moralische Erfolg ist immerhin groß genug. Der Zentrumsmann Börsle konnte nur noch mit einer Mehrheit von etwas über 500 Stimmen durchdringen. Die liberale Parteileitung hat zwischen Hauptwahl und Stichwahl in Wort und Schrift, insbesondere aber in der Organisation am Stichwahltag Hervorragendes geleistet und hat an dem Ausfall keine Schuld. Diese liegt an dem rechtsstehenden Teil der liberalen Wähler, die sich den Konserativen nähern und lieber zu Hause bleiben oder den Merkmalen wählen, als für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Mit den Liberalen hatten wir in München I und in Bayreuth Stichwahlen auszufechten. Den Münchener Kreis, den wir schon im Besitz hatten, konnten wir leider nicht wiedergewinnen, doch der Liberale ist mit einer geradezu jämmerlichen Mehrheit gewählt worden. Aber glänzend ist Bayreuth erobert worden: Genosse Hugel schlug den Liberalen Winkler, einen der größten Reaktionen, der sich wenig von den Schwarzblauen unterscheidet, mit einem Stimmenvorsprung von 5000. Die wackeren Bayreuther Genossen, die in den letzten fünf Jahren in der rühmlichsten Weise gearbeitet haben, ernten dafür den verdienten Lohn.

Wo die Sozialdemokratie den Ausschlag gegen die Schwarzblauen zu geben hatte, haben unsere Genossen ihre Schuldigkeit getan und Disziplin gehalten. Mit unserer Hilfe ist in Rothenburg der Bündler Hilpert zugunsten des Deutschen und in Straubing der Zentrumsmann zugunsten des Kandidaten des Bayerischen Bauernbundes geworfen worden, in Kempton-Jimmensstadt haben wir, wie schon in der vorjährigen Nachwahl den Nationalliberalen Dr. Thoma gegen das Zentrum herausgehauen, nur in Gernersheim reichte unsere Unterstützung nicht aus, um den Liberalen Cronauer gegen den von den Bündlern unterstützten Zentrumspolitiker Richter durchzubringen.

Wenn wir also das Ergebnis dieses Kampfes betrachten, können wir im allgemeinen mit Beugung auf ihn zurückblicken. Es hat sich gezeigt, daß es auch in Bayern vorwärts geht — und das Zentrum nicht unbeflegbar ist. Das soll uns anspornen, mit vermehrter Kraft dahin zu arbeiten, daß uns bei den kommenden Kämpfen noch schönere Erfolge blühen.

Die Eroberung des deutschen Rom.

Zu dem Wahlsiege der Sozialdemokratie in Köln-Stadt wird uns von dort geschrieben:

Nach der vorläufigen amtlichen Zählung siegte Genosse Adolf Hofrichter mit 26 634 Stimmen über den Zentrumsführer Trimborn, der es nur auf 22 413 Stimmen brachte. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen gegenüber der Hauptwahl um 8000, während sich trotz der im schlimmsten Sinne des Wortes feberhaften Wahlarbeit des Zentrums dessen Stimmen nur um 5000 erhöhten. Die Liberalen, die bei der Hauptwahl 7150 Stimmen erhielten, haben mindestens zu zwei Dritteln für den Sozialdemokraten gestimmt. Demokraten und Fortschrittler haben mit noch anderen an der Niederlage des Zentrums gearbeitet. Und diese Niederlage ist derartig erschütternd, wie der rosigste Optimist es in seinem verwegenen Traum nicht für möglich gehalten hätte.

Im November erst siegte das Zentrum bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung — wohlgerneht der dritten Abteilung — mit 25 000 gegen 13 000 sozialdemokratische und 4000 liberale Stimmen, also ohne Stichwahl; bei der Hauptwahl am 12. Januar wurde dagegen das Zentrum von der Sozialdemokratie um 17, tausend Stimmen überholt und am Freitag blieb es trotz seiner Neuerungsgeschichte um 4200 Stimmen in der Minderheit. Die Gegenüberstellung der Stadtverordneten- und der Reichstagswahl offenbart mit aller Schärfe die ganze Niedertracht der öffentlichen Wahl. Nur durch seinen wirtschaftlichen Terrorismus und den skrupellosen Mißbrauch der kirchlichen Machtmittel bei der Kommunalwahl vermochte das Zentrum seine Herrschaft im Rathaus zu behaupten.

Die energische Haltung der Nationalliberalen gegenüber dem Kandidaten der Zentrumspartei darf nicht ganz aus allgemeinen politischen Ursachen hergeleitet werden; denn einen großen Einfluss haben die kommunalen Vorgänge geübt: der endgültige Verlust der liberalen Mehrheit im Rathaus und der von der Zentrumspartei ausgeübte brutale Mehrheitsterrorismus. Das Zentrum zwang der nichtultramontanen Mehrheit der Kölner Bevölkerung in allen Fragen der Ethik und Kultur, in Schul-, Theater-, Bestattungsfragen usw. seinen Willen auf und hat beispielsweise das Kölner Familienstrandbad in nach Geschlechtern getrennte Strandbäder umgewandelt. Für alle diese Ausflüsse von Intoleranz und Arroganz hatten den Schwarzen gar manche Bürger Kache geschworen. Die gewaltige Mehrheit von mehr als 4000 Stimmen bei der Stichwahl aber zeigt, daß auch Köln ohne die kommunalen Einflüsse von der Sozialdemokratie erobert worden wäre.

Nun hat also das Zentrum seinen vornehmsten Sitz, das „heilige“ Köln, nach dreißigjähriger Herrschaft verloren. Sein populärer Führer ist gegen die Sozialdemokratie unterlegen in einer Stadt, die weit mehr als andere eine Industriezentrale ist, in einer Stadt, deren Bevölkerung zu 78 Prozent katholisch ist. Weder die eifrigen Bemühungen des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn v. Rheinbaben, und des Kölner Regierungspräsidenten, noch die des Grafen v. Poladowsky, der nicht gegen die Schatzmacher, sondern gegen die Arbeiterpartei zu kämpfen für gut befand, haben Herrn Trimborn das Mandat zu retten vermocht.

Herr Trimborn hatte erst kurz vor der Wahl erklärt, er könne sich das Zentrum ohne Köln nicht denken. Köln sei die Krone auf dem Zentrumskrone. Nun ist die Krone heruntergefallen, und eine ganze Menge Quadern sind aus dem Gemäuer mit herausgebrochen. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit des Zentrumsturms ist zerstoben. Die Stärke des Zentrums beruht lediglich in der veralteten, die Reaktion unterstützenden Wahlkreiseinteilung, deren Veränderung sich darum das Zentrum begreiflicherweise auch so energisch widersetzt.

Die Stichwahlen in Hessen-Kassau.

Frankfurt a. M., den 23. Januar.

Drei Mandate erobert und eins behauptet, das ist das Ergebnis der Stichwahlen in Hessen-Kassau. Dieses Resultat kann sich immerhin neben den von anderen Landesteilen sehen lassen. Das erfreulichste dabei ist zweifellos die Wiedereroberung von Frankfurt a. M., das von 1884 bis 1900, 22 Jahre lang sozialdemokratisch vertreten war. Auf Frankfurts Pinnen weht wieder die rote Fahne.

Die 14 hessen-kassauischen Wahlkreise vertraten bisher: 3 Sozialdemokraten, 1 Fortschrittler, 1 Nationalliberaler, 2 Zenträmter und 7 Antisemiten. Der schwarzblaue Block hatte hier also die überwiegende Mehrheit. Heute ist dies anders. Hessen-Kassau schied jetzt 5 Sozialdemokraten, 2 Nationalliberale, 1 Deutschen Bauernbündler, 2 Zenträmter und 4 Antisemiten in den Reichstag. Die Hauptwahl brachten eine definitive Entscheidung nur in drei Kreisen.

Es wurden ein Sozialdemokrat und zwei Zenträmter gewählt. An den 11 Stichwahlen waren 7 Sozialdemokraten, 6 Antisemiten, 4 Nationalliberale und je 1 Zenträmter, Konservativer, Fortschrittler, Bauernbündler und Demokrat beteiligt. Als Sieger gingen von diesen hervor: 4 Sozialdemokraten, 2 Nationalliberale, 4 Antisemiten und 1 Deutscher Bauernbündler.

Wir haben schon im „Vorwärts“ die schmähliche Haltung der Liberalen zu den Stichwahlen gekennzeichnet. Die Nationalliberalen gaben in einer Reihe Kreise Parole für den Antisemiten oder Merkmalen an. Durch diese Taktik erreichten die Nationalliberalen, daß in Nirteln-Hofgeismar der Antisemit an Stelle des Sozialdemokraten gewählt wurde. Marburg hätte den Antisemiten ebenfalls abgenommen werden können, wenn die Nationalliberalen nicht so schmählich versagt hätten. Nicht „Kampf gegen rechts“, sondern „Kampf gegen links“ war deren Parole. In Marburg stand der Kandidat v. Gerlach mit dem Antisemiten in der Stichwahl. Aber auch Gerlach steht den Nationalliberalen viel zu weit links. Sie beschloßen, den Antisemiten zu unterstützen. Unsere Genossen traten auch tatkraftig für v. Gerlach ein; doch der Antisemit wurde mit Unterstützung der Nationalliberalen gewählt.

Zu Eschwege-Schmalkalden mühte das Eintreten der Nationalliberalen für den Antisemiten und die Stimmenfreigabe der Fortschrittler nichts. Genosse Thöne-Kassel siegte mit einer Mehrheit von 1000 Stimmen über den Antisemiten. Die diesen Kreis haben wir auch Kassel neu gewonnen.

Zu Kassel kamen wir schon seit Jahrzehnten in die Stichwahl. Nun ist auch diese Feste erobert. Bei der Hauptwahl entfielen auf unseren Genossen Hüttmann (Frankfurt a. M.) 21 600 Stimmen, der Nationalliberale hatte 18 284 und der Antisemit 9532 Stimmen. Bei der Stichwahl am Samstag bekam Hüttmann 22 885, der Nationalliberale nur 21 675 Stimmen. Mit dem Genossen Hüttmann, der Parteileiter der Raurer ist, gewinnt die sozialdemokratische Fraktion einen in der Sozialpolitik und besonders in Bauarbeiterfragen gut beschlagene Mitarbeiter, der mit Silberstein den Verlust Wörmelburgs erlösen dürfte.

Zu Höchst-Killingen traten die Nationalliberalen für das Zentrum ein. Die Fortschrittler stellten hier die Stimmenabgabe frei, mit Rücksicht auf Frankfurt a. M., wo man um Zentrumstimmen ward. Alle, alle Mühe war jedoch vergebens. Genosse Bräunig schlug den Zentrumskandidaten mit einer so gewaltigen Mehrheit (über 8000 Stimmen), daß die Reaktion jede Hoffnung, diesen Kreis zurückzuerwerben, aufgeben muß. Wühne steigerte seine Stimmen von 21 277 auf 23 000, der Zentrumskandidat erhöhte die seinen von 9775 auf 15 300. Die Nationalliberalen hatten bei der Hauptwahl 6896 Stimmen, diese dürften dem Zentrum voll zugefallen sein. Von den 6072 Fortschrittstimmen sind anscheinend nicht allzuviel auf Wühne übergegangen, die größte Zahl (ungefähr zwei Drittel) der Fortschrittler blieb zu Hause.

Als Gegenleistung für die Unterstützung des Zentrums in Höchst trat dieses in Wiesbaden für den nationalliberalen Kommerzienrat Parling ein. Wiesbaden haben wir bekanntlich 1907 wieder erobert. Das Zentrum unterstützte damals unseren Genossen Lehmann (Mannheim), diesmal aber den Nationalliberalen, und so blieb Genosse Lehmann auf der Wahlstätte. Lehmann steigerte zwar noch seine Stimmen um über 4000, von 15 208 auf 19 435, der Nationalliberale hatte aber die Unterstützung vom Zentrum und Fortschritt, und diesem vereinten Ansturm mußte unser Genosse unterliegen. Das ist der einzige, sehr bedauerliche Verlust in Hessen-Kassau.

Dieser Verlust in Wiesbaden gleicht aber der glänzende Sieg in Frankfurt a. M. reichlich aus. Frankfurt a. M. für die Fortschrittler wieder verloren, das trifft diese so schwer, wie der Verlust Kölns das Zentrum. Geiz und Leidenschaft, mit großer Erbitterung wurde in Frankfurt a. M. gekämpft. Die Fortschrittler machten die verzweifeltsten Anstrengungen, um das Mandat zu retten. Mit den erbärmlichsten Mitteln kämpften sie. Die Kandidaten wurden an ihren Erwerb erinnert, der nicht zuließ, daß sie einen Sozialdemokraten wählen. Das Zentrum hatte die Parole Stimmenhaltung ausgegeben, ebenso die Christlichsozialen.

Die Fortschrittler versuchten nun — und das gehört zu ihren schmählichsten Handlungen — die Zentrumswähler zu täuschen und bei ihnen Verwirrung anzurichten. In der Presse erschienen Inzerate von angeblichen Zentrumswählern, die zur Wahl des Fortschrittlers aufforderten. Und am Stichwahltag gaben die freisinnigen Plakate heraus mit der selten überhörsigen Parole: „Stichwahlparole!“ Es wurde in ihnen gesagt, das Zentrum habe in Frankfurt a. M. zwei sich widersprechende Parolen herausgegeben, da es im Wahlkreise Höchst die Sozialdemokratie als die größte Gefahr bezeichne, in Frankfurt aber Wahlenthaltung proklamieren und so die Wahl eines Sozialdemokraten „schärfster Tonart“ ermöglichen wolle. Durch derartige Tricks sollten die Zentrumswähler irre gemacht werden. Alles Werben war aber vergebens. Die Zenträmter enthielten sich der Abstimmung oder gaben weiße Zettel ab.

Die Wahlteilnahme war noch stärker als bei der Hauptwahl. Sie betrug 87 Proz. Beide Parteien arbeiteten mit dem Aufgebote aller ihrer Kräfte, es war ein heißes Ringen. Das Resultat des harten Kampfes war für beide Parteien überraschend. Wohl glaubten wir, mit einer ansehnlichen Stimmenmehrheit zu liegen, daß aber Quard fast 5000 Stimmen mehr wie sein Gegenkandidat bekam, daran dachten auch die größten Optimisten nicht. Wir haben noch stattliche Reserven herangezogen. Genosse Quard vermehrte seine Stimmen um fast 4000. Sie liegen von 33 655 auf 30 233. Dieser Betrag 34 310 Stimmen gegen 31 302 bei der Hauptwahl. Als die Wahl Marcks feststand, brach in unseren Versammlungen und auf der Hauptstraße, wo sich bunte Menschenmassen ansammelten, endloser Jubel aus. Bis spät nach Mitternacht war die Zeit, die Cafés und Restaurants fast besetzt, die eingelaufenen Siegesnachrichten wurden mit ungeheurer Begeisterung und Freude aufgenommen. Der Frankfurter Sieg ist nicht nur politisch sondern auch moralisch zu werten. Der Wahlausgang ist in jeder Beziehung eine schwere, verdiente Niederlage der Fortschrittler und ein Triumph für die Sozialdemokratie. Die Frankfurter Arbeiterkassette hat die Scharte von 1907 ausgeglichen. Frankfurt a. M. ist wieder sozialdemokratischer Besitz — und wird es bleiben.

Aus dem Wahlkampf.

Zum nationalliberal-merkalen Kuhhandel im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Der in Köln unterlegene Zentrumskandidat Justizrat Karl Trimborn erläßt folgende Aufforderung:

Köln ist — von einem kleinen Bruchteile der Nationalliberalen abgesehen — durch das Verhalten der liberalen Parteien gestern der Sozialdemokratie ausgeliefert worden.

Zahlreiche mit zugegangene Telegramme aus allen Teilen des Deutschen Reiches lassen erkennen, welche Erbitterung darüber sich der weitesten Kreise der Zentrumspartei, namentlich aber im Ruhrgebiet, wo die Stichwahlen noch bevorstehen, bemächtigt hat.

So sehr ich diese Erbitterung verstehe, bitte ich doch auf das dringendste, derselben bei der Stimmabgabe am 25. Januar in keiner Weise stattzugeben. Ich fordere vielmehr, im Einverständnis mit dem Beirat des Provinzialausschusses, alle Anhänger der Zentrumspartei in den Wahlkreisen Bochum-Gelsenkirchen und Duisburg-Mülheim (Ruhr) hierdurch nachdrücklich auf, bei der Stichwahl bis auf den letzten Mann für die beiden rechtsstehenden nationalliberalen Kandidaten einzutreten und deren Sieg gegenüber der Sozialdemokratie unter allen Umständen zu sichern.

Das erfordert in diesem Augenblicke das väterländische Interesse, welches überall voranzusehen muß, und ganz besonders noch die Rücksicht auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, deren gedeihliche Weiterentwicklung allen einsichtigen Vaterlandsfreunden am Herzen liegen muß.

Köln, 23. Januar 1912.

Karl Trimborn,

Vorsitzender des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei.

Dieser Aufforderung entsprechend mahnen denn auch die Zentrumblätter in den Kreisen Essen, Duisburg, Bochum-Gelsenkirchen die Zentrumswähler entschieden, an dem einmal abgelaufenen Vertragverhältnis im Industriegebiet festzuhalten, wenn auch der Ausfall der Kölner Wahl unter der Zentrumspartei außerordentlich verstimmend wirken dürfte. Die „Essener Volkszeitung“ sagt noch hinzu: „Auch jetzt ist die Zentrumspartei in Duisburg, Mülheim und Bochum-Gelsenkirchen verpflichtet, mit dem Aufgebot der letzten Kraft dort für die nationalliberalen Kandidaten einzutreten, wie umgekehrt in Essen die Nationalliberalen der Zentrumspartei die zugesagte totrfräftige Wahlfürhilfe gegen die Sozialdemokratie zu leisten haben. Treue um Treue.“ Auch die „Gelsenkirchener Zeitung“ warnt davor, den Gedanken der Vergeltungspolitik aufkommen zu lassen. Unter keinen Umständen dürften die Zentrumswähler da, wo sie den Ausschlag gegen die Sozialdemokraten geben, nur in der Stichwahl gleichgültig sein, denn ihr Beiseitegehen könnte nur den Schaden von Köln noch vermehren.

Zu diesem schönen Herzensbunde der „nach Bildung und Besitz Raffgebenden“ mit „den ultra-montanen Dunkelmännern“ steht im schärfsten Kontrast das Urteil, das die „Köln. Ztg.“ über die Stichwahl in Saarbrücken fällt. Sie schreibt:

In der Stichwahl haben die Sozialdemokraten mit ihrer letzten Parole gegen den schwarzblauen Vlod, die von den im ersten Wahlgang für den Kandidaten dieser Partei, Herrn Leimpeters, eingetragenen Wählern auch bis auf einen nicht erheblichen Anteil befolgt worden ist, den Zentralismus der Kolonialmandierung auswärtiger Wähler zunichte gemacht und den Sieg des Gegners gegen den schwarzblauen Vlod zu einem so glänzenden gestaltet. Offen muß es anerkannt werden, daß hier die Sozialdemokraten den Wahlkampf in durchaus ehrlicher Weise geführt haben und daß sie wohl diszipliniert einer durch die politische Situation gegebenen politischen Parole gefolgt sind, ohne sich betten zu lassen durch die Lockungen des Zentrums, das ihnen mit dem Verben um einen Arbeitslohn die Wahl schmerz zu machen versuchte. Wohl bis an die Schwänze heran hat hier das Zentrum heiz und begehrt um die Stimmen der Sozialdemokratie geworden und dies Liebeswerben noch zu beschärfen verstanden durch die Drohung, im Wahlkreise Quers, des sozialdemokratischen Führers, Rache an den Sozialdemokraten zu nehmen, wenn hier die Sozialdemokraten ihren Arbeitshilfen Sauermann im Stich lassen würden.

Wir kultivieren recht gerne, daß die „Kölnische Zeitung“ die Disziplin und das Verständnis der sozialdemokratischen Wählermasse anerkennt. Wären den Nationalliberalen dieses Lob aber nicht ausfallen. Sie haben sich bei den Stichwahlen durchweg nicht als eine wohlgeordnete politische Truppe erwiesen, sondern als ein total unreflexives politisches Gemisch.

Ein wertvolles Verständnis.

Die „Germania“ veröffentlicht einen Kölner Brief über die Niederlage des Zentrums. Darin heißt es:

Wenn nicht sofort am Tage nach der Hauptwahl einige hundert rechtsliberaler Männer, die den Ernst der Sachlage durchschauen hatten, den Rufus für Trimborn, ohne die Stellungnahme der Liberalen Vorleistung abzuwarten, veröffentlicht hätten, wäre in der nationalliberalen Versammlung am Freitag nach der dort zum Ausdruck gelangten Stimmung offen die Parole für rat abgegeben worden. Aber man durfte diese rechtsliberalen Männer, die zu den geldkräftigsten der nationalliberalen Partei zählen, nicht vor den Kopf stoßen und konnte die Parole, die Stimmabgabe für den Wähler frei zu stellen, um so umgehender dem Zentrumsdick — dem der Hock war die treibende Kraft der Liberalen Kandidaten — freien Lauf lassen und nahezu Mann für Mann den Sozialdemokraten wählen.

Also: die Maßgebenden in der nationalliberalen Parteiorganisation sind die Rechten, und die Rechten sind für's Zentrum!

Eine Wahlentscheidung durch das Los.

In Wahlkreise Wingen-Welgen soll nach den letzten Meldungen Stimmengleichheit zwischen dem fortschrittlichen Pfarrer Korell und dem von dem rechten Flügel der Nationalliberalen stehenden Fabrikbesitzer Reichert zur Vermeidung der Sozialdemokratie Dr. Becker-Erdmüngen herrschen. In diesem Falle würde laut § 19 des Reichswahlgesetzes das Los entscheiden.

Die Stichwahlen in Rheinland-Westfalen.

Die Nationalliberalen von Oberfeld-Barmen beschließen einstimmig eine Werbeparole für die Stichwahlparole: Die Nationalliberalen Partei von Oberfeld-Barmen fordert ihre Wähler auf, am Donnerstag in der Stichwahl Mann für Mann für den freikontrollierten Vlod einzutreten. Diese Parole soll durch tätige und intensive Arbeit für den Freikontrollierten unterstützt werden, damit Lockerung des schwarz-weißen Kammer über dem Wappertale flattert. Die Nationalliberalen werden aufgefordert, ebenso tätig für die Wahl „Vlod“ einzutreten, wie selbster für die ihres eigenen Kandidaten Hingmann.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat mit übergroßer Mehrheit Stimmengleichheit für die bevorstehende Stichwahl beschlossen, da das Schicksal des Liberalismus die Zentrumsregierung des schwarzblauen Vlod sei, die jetzt auf des Reichers Schenke stehe. Diese Aufgabe des Liberalismus wäre im Wahlkreise Oberfeld natürlich gegenwärtig nur durch die konsequente Stichwahlparole für den Genossen Ebert zu erfüllen.

In Bochum rief der sozialdemokratische Wahltag in Köln nach der „Vlod“ große Erregung hervor. Bei den Anhängern des Zentrums ist die Stimmung: Rache für Köln! Doch Köln für Vennep-Mittmann entscheidend ist, hat das Zentrum schon offiziell erklärt.

In Wies-Neck beschloßen die Konservativen nach einer Ansprache Dr. Hagens die Unterstützung des Zentrums gegen die Nationalliberalen.

In Essen protestierte Dienstag abend eine von mehr als 3000 Personen besetzte Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei gegen das Wahlkompromiß zwischen Nationalliberalen und Zentrum. Referenten waren Rechtsanwalt Dr. Lehmann-Essen und Dr. Potthoff-Düsseldorf. Die Parole: Für die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum! wurde mit gewaltiger Begeisterung aufgenommen. Die Resolution über den Wahlkampf der Liberalen mit dem Zentrum ist allgemein.

Im Kreise Duisburg beschloß die fortschrittliche Volkspartei die Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar 1912.

Wassermanns Manöver.

Herr Wassermann, der Führer der Nationalliberalen, hat am 22. d. Mtz., nach seiner Wahl in Saarbrücken, dort eine schöne Rede gehalten, in der er nach der Mitteilung der „Köln. Ztg.“ gesagt haben soll:

Ich werde es nie vergessen, wie wader und eifrig mit das Bürgerium in Stadt und Land, wie unerlösten mir die Arbeitsschicht zur Seite stand im Kampfe gegen Altes und Unheil. Die Nationalliberale Partei hatte diesmal einen schweren Kampf zu bestehen: nach zwei Fronten mußte mit aller Kraft gekämpft werden. Erst die Stichwahlen werden das endgültige Ergebnis dieses Kampfes erbringen. Aber das eine steht schon heute fest: die Zahl der liberalen Stimmen ist um ein Beträchtliches gemachsen. Und letzten Endes muß und wird die Stimmzahl das Entscheidende sein. Und mit der Zahl der Stimmen ist die Erkenntnis für die einzig fruchtbringende Politik gewachsen. Wer heute noch nicht erkennt, daß Deutschland in liberalen und sozialem Sinne regiert werden muß, der ist ein politisch Blind. Der schwarzblaue Vlod darf nicht weiter regieren, soll nicht unser Vaterland schweren Schaden nehmen. Darum muß der Liberalismus auch fernerhin gekämpft auf der Schanze stehen. Ob Sieg, ob Mißerfolg, er darf nicht scheitern. Mit hoher Genug-tuung aber erfüllt es mich, daß auch Männer anderer Parteien mit ihre Stimme gaben, ohne mir vorher irgendeine Forderung vorzulegen. Das eine aber versichere ich hier aufs neue: daß ich stets und unermüdet kämpfen werde gegen Reaktion und Rückschritt und mit aller Kraft eintreten werde für Fortschritt und gesunde Freiheit und vor allem für eine gute Staatsökonomie. Ich war mir stets bewußt, daß es notwendig und unerläßlich ist, dem deutschen Volke Vertrauen entgegenzubringen, daß man es nicht beeinträchtigen darf durch Ausnahme-gesetze, sondern durch freiwillige Befreiung ihm Gelegenheit geben soll, seine reiche Kraft in volkstem Maße zu entfalten.

Zu einer zweiten Ansprache kam Herr Wassermann in der Verantwortung eines Vortrages nochmals auf das Ergebnis der Hauptwahl, indem er ausführte: „Er werde sich auch fernerhin von sozialen und volkswirtschaftlichen Grundgedanken leiten lassen. Wenn es nunmehr feststehe, daß die Sozialdemokratische Partei in diesem Wahlgang über 4 Millionen Stimmen zählte, dann möchte man doch aufs dringlichste wünschen, daß aus den Reihen mancher Minister alle vielleicht sozialpolitischen aber wenig fruchtbar politischen Meinungen ausgeschieden und an ihre Stelle volkswirtschaftliche Vorkerbungen treten möchten. Die Fortschrittlichkeit des schwarzblauen Vlod dürfte nunmehr wohl beseitigt sein, auch wenn der Liberalismus nicht in der Stärke wiederkehrt, wie es vielleicht zu wünschen wäre.“

Das Hangen und Wanken vor der Stichwahl scheint auf die politische Erkenntnisfähigkeit des Herrn Wassermann sehr günstig eingewirkt zu haben. Wir haben ihn bisher nicht für so leicht erziehbar gehalten. Offenlich kommt Herr Wassermann bei jeder zukünftigen Reichstagswahl immer wieder in eine solche verzwickte Lage, daß er von der Wahlunterstützung der Sozialdemokratie abhängt — vielleicht wird er dann im Laufe der Zeit doch noch ein halbwegs einsichtiger Politiker.

Erzbergerische Kalkulationen.

Im roten „Tag“ bespricht Herr M. Erzberger, die Dualität von Viberach, das Ergebnis der bisher vollzogenen Reichstagswahlen und kommt, wie nicht anders zu erwarten war, zu dem politischen Resultat, daß das Zentrum im nächsten Reichstag eine weit bessere Rolle spielen wird als in den letzten Jahren, da es in der glücklichen Lage sei, nach verschiedenen Seiten hin „Abwehrmehreheiten“ zu bilden. Er meint:

Für die Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik ist eine Mehrheit unter allen Umständen da. Eine Arbeitsmehrheit wird der Vlodblock nie auf die Beine bringen; er kann nur eine Abwehr-mehrheit noch erreichen, wenn er Glück hat und noch mehr Mandate mit zwölf Stimmen Mehrheit (Wingen), neun Stimmen Mehrheit (Berlin I) und acht Stimmen Mehrheit (Düsseldorf) erobert. Aber eine andere Abwehrmehrheit ist heute auch schon im Reichstage vorhanden: Zentrum, Vlod und Sozialdemokratie besitzen bereits mit den Welsen und Elffern zusammen 217 Mandate, so daß trotz einiger Mandatsverluste die parlamentarische Stellung des Zentrums nicht heruntergedrückt werden konnte. Der alte Vlodblock, der 1907 mit einer Mehrheit von 224 Stimmen einzog, hat heute nur noch 185 Stimmen zur Verfügung und kann höchstens auf 130 Stimmen kommen. War von 1907 ab eine Arbeitsmehrheit auch gegen das Zentrum denkbar, so kennt der neue Reichstag eine solche nicht mehr; das hat die liberalen Vlod seit der Reichsfinanzreform erreicht. Das Zentrum hat dies nicht zu bedauern.

Mit der erstenen Wahlrechtsreform für die Volkspartei ist es nichts geworden; weder positiv noch negativ hat sie diesen angestrebten Einfluß gewonnen. Hat sie schon die Stichwahlkraft zu den Heloten der Sozialdemokratie gemacht, so wird noch mehr die Stellung der einzelnen Parteien im Reichstage zu erkennen geben, daß die Volkspartei im neuen Reichstage zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden ist; auf ihre Haltung kommt es in gar keinem Falle an. Die „Reichstagsgenossenschaft“ hat also nur kurz gedauert.

Die Rechnung ist sehr schön. Sie hat nur den einen Fehler: sie stimmt nicht ganz.

Landtagseröffnung in Braunschweig.

In Braunschweig wurde heute vormittag gegen 11 Uhr die 31. ordentliche Landesversammlung eröffnet. Der Herzog-Regent verlas eine Thronrede, in der es u. a. heißt, der Landtag werte zu einer Zeit zusammen, wo die neu zu Kaiser und Reich stehende Bevölkerung Deutschlands mit erstem Will in die Zukunft sehe, einer Zeit, in welcher manche Umstände davon juristischen

könnten, an bewährten Einrichtungen des Staates Änderungen vorzunehmen. Dennoch habe dies zu geschehen, und unter Jugendbelegung der direkten und geheimen Wahl nach dem Dreiklassenwahlrecht würden dem Landtag zugleich die Entwürfe eines Gesetzes über die Zusammenfassung der Landesversammlung und eines Gesetzes über die Wahlen zur Landesversammlung zugehen. Neben dem die Landtagswahlen betreffenden Gesetz werden dem Landtag die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben angeklündigt. Die Finanzlage des Herzogtums wird bei Beibehaltung der nur für die laufende Finanzperiode bewilligten Steuerzuschläge als nicht ungünstig bezeichnet. Infolge der geplanten Durchführung der Wahlreform würden dem Landtag neben den Etats nur noch einzelne Gesetzentwürfe unterbreitet werden, die, wie z. B. das Ausführungsgesetz zu dem mutmaßlich am 1. April in Kraft tretenden Reichs-wahlrechtsgesetz, eine baldige Verabschiedung erheischen.

Notkoffer.

Zur Frankfurt a. M. wird und berichtet: Zu Beginn der Dienstagssitzung des Stadtverordnetenversammlung gab es einen tragikomischen Zwischenfall. Von einem ungenannten Freund einer Partei waren den drei Stadtverordneten Ehrlich, Hiltmann und Quard, die bekanntlich bei den Stichwahlen Mandate errungen haben, Stühle mit roten Kissen auf den Platz gelegt worden. Der Präsident der Stadtverordneten, der Freisinnige Justizrat Friedleben, ließ nun durch den Stadtdirektor dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion mitteilen, es sei nicht üblich, in soch demonstrativer Weise Wahlstühle zu feiern. Die ganze freisinnigdemokratische Fraktion schloß sich dieser Ansicht an und weigerte sich, den Stuhl zu betreten, ehe nicht die roten Blumen entfernt seien! Erst nach halbstündiger Beratung einigten sich die Freisinnigen darauf, sie wollten die Blumenstücke nicht als „offizielle“ Huldigungen ansehen. Die Sitzung konnte beginnen.

So geschah 1912 in der „freien“ Stadt Frankfurt a. M.

Börsenspekulation und Kolonialpatriotismus.

In der Münchener Wochenchrift „Witz“ äußert sich Dr. W. Goldschmidt über deutsche Kolonialgründungen. Er sagt da unter anderem:

„Wichtig Kolonialgesellschaften gibt es, die ein respektables Kapitalquantum aufweisen, und von diesen achtzig Zahlen über vierzig keine Dividende oder weisen sogar Verluste auf. Ebenso phantastisch wie die Schillernamen mancher Kolonialgründungen waren einst auch die Anniertaktischen, auf die ja bei uns 90 vom 100 hereinfallen. Aber weniger glänzend präsentiert sich und die Dividenden- und Kursnotula, das Rentabilitätsbarometer. Einst statterten die Papiere der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika auf über 2000 Prozent, heute schweben sie in Regionen, die etwas tiefer liegen. Sie halten sich nämlich auf ungefähr 350 Prozent. Einst wurde es den Besitzern dieser Anteile vor lauter Gewinn schwandelnig, heute vor Verlusten. Es ist noch garnicht so lange her, da ritt Herr Erzberger den Kursoptimismus in das Raubland. Er konstruierte für die Deutsche Diamantengesellschaft eine Dividende von 200 Prozent. Heute bleiben die Anteilhaber dividendenlos, und Herr Erzberger dürfte sich wohl nicht mehr gern an seine transzendendenden Spekulationen erinnern lassen. Aehnlich steht es mit den Territorien, dem Nummelpapier der Berliner Kolonialbank, den Diablenellen der selb entthroneten Hoffnung eines jeden Börsengängers und so vielen, vielen andern. . . Bis jetzt hat das deutsche Volk immer nur die Tischen von anderen Leuten gefüllt, und zwar von solchen Leuten, die die Bursch drücken, solange was drin ist, die Kelle aber wegnehmen. Diese Leute sind mit der Front liberal und weiden mit dem Stroh nach oben. Das ist noch immer ein gutes Geschäft gewesen. Patriotismus und Volkshätscheln rentieren sich, wenn man sie richtig vereint und doch zur rechten Zeit getrennt verwenden kann. Man schießt die ausgeleiterten Großschulis in die Wüste und pflückt selbst in der Lase die süßen Früchte. Das nennt man dann Kolonialpatriotismus zum Wohle des deutschen Volkes.“

Zwei Deutschschriften zu den neuen preussischen Steuer-vorlagen

Und dem Abgeordnetenhaus zugegangen, eine Deutschschrift über die Lage des Staatshaushalts im allgemeinen und eine Deutschschrift über die in der Offenheit gemachten Vorschläge einer Vermögenszuwachs- oder Ueberflussesteuer. Die erste Deutschschrift untersucht die Frage, ob der preussische Staat mit den bisherigen Haushaltsmitteln seinen Verbindlichkeiten nachkommen kann oder ob durch eine Reorganisation der bestehenden Steuererlöse neue Mittel geschaffen werden müßten. Die Deutschschrift berechnete den Betrag aus den bisherigen Steuerzuschlägen auf jährlich 60 Millionen Mark und kommt zu dem Resultate, daß auf diese Summe nicht verzinst werden könnte. Es wird auch die Frage erörtert, ob nicht die Möglichkeit bestände, durch eine Änderung der für das Verhältnis zwischen Eisenbahnhaushalt und Staatshaushalt im Jahre 1910 getroffenen Regelung eine Erhöhung des für die allgemeinen Staatsausgaben verfügbaren Teiles der Eisenbahnüberschüsse herbeizuführen, und damit den Bedarf von Steuern entsprechend herabzumindern.

Infolge der großen Sparanstrengung ist es seit 1908 fast gelungen, den dauernden Schuldbetrag zu beseitigen, während er 1908 noch 202 Millionen Mark betrug. Er ist jetzt auf 19 Millionen Mark gesunken. Die Vorschläge einer Ueberflussesteuer an Stelle der Steuerzuschläge, die in den letzten Jahren gemacht worden sind, können nicht für gangbar erachtet werden. — Für ein Geldkapitalment ist eine Ueberflussesteuer natürlich nicht „gangbar“!

Frankreich.

Eine Nachwahl.

Paris, 22. Januar. (Ug. Ber.) Bei der gestrigen Nachwahl in der bisher von einem „unabhängigen Sozialisten“ vertretenen Industriestadt Eibeuf hat Genosse Poisson, der Kandidat der progressiven Partei, 3331 Stimmen erhalten, um 1522 mehr als bei den allgemeinen Wahlen von 1910. So findet Stichwahl statt, wobei der progressivste Kandidat mit 1130 Stimmen voransteht. Die Entscheidung liegt in der Hand der linksrepublikanischen Wähler, die für drei Kandidaten 1520, 1422 und 365 Stimmen abgegeben haben. Es wird sich zeigen, ob sie die von der neuen Regierung vollbrachte Restouration des Minimalismus mitnehmen und ob der Radikalismus der Wähler mehr Standfestigkeit hat als der der Wähler.

Spanien.

Amarillawirtschaft und Ministerkrise.

Nach Meldungen aus Madrid soll Raura, der frühere konservative Ministerpräsident, den König zur Entlassung Canalejas aufgefordert haben, um den Konservativen wieder die Regierungsgewalt zuzuspielen. Die Demission Canalejas schien schon gewiss, tritt aber vorläufig doch nicht ein. Ministerpräsident Canalejas bezeichnete am Dienstag bei seiner Rückkehr aus dem königlichen Schloß die Gerüchte über eine Krise als unrichtig, indem er hinzugab, daß es sich um phantastischen Handele, die in den Wandel gängen der Deputiertenkammer entstanden seien. Das Parlament werde morgen seine Arbeiten in gewohnter Weise fortsetzen. Wie

Die „Agenten Sabas“ meldet, herrscht jedoch allgemein die Ueberzeugung, daß tatsächlich irgend etwas vorgefallen ist, daß aber wegen des ungünstigen Einbruchs und der Ueberraschung, welche die Nachricht von dem unerwarteten Sturz des Kabinetts aus unbekanntem Grund hervorgerufen hat, jeder Gedanke an eine Aenderung des Kabinetts fallen gelassen worden ist.

Republikaner und Sozialisten haben beschlossen zu erklären, daß die Krise nicht geduldet werden könne, weil sie außerhalb des Parlaments liege und das Vorhandensein eines persönlichen Regiments beweise. Beide Parteien wollen sich der Rückkehr der Konservativen zur Regierungsgewalt widersetzen, Caneles aber trotzdem bekämpfen, da er das liberale Programm nicht verwirkliche. — Der Führer der republikanischen Partei wird am Donnerstag in der Kammer eine Interpellation über die Krise einbringen.

Rußland.

Am Jahrestage des Blutsonntages.

Der Jahrestag des Blutsonntags (22. Januar 1905) hat in verschiedenen Städten Arbeiterdemonstrationen hervorgerufen. So streikten in Kozolajew 2000 Schiffsarbeiter, in Zlatopol die Bergarbeiter. In Miga fand ein Aufzug statt, bei dem die Arbeiter mit roten Fahnen unter Abstützung revolutionärerlieder, dahinzogen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei sowie zu vielfachen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen. In Petersburg zogen starke Arbeitergruppen nach dem Probraskensriedhof, wo die Opfer des Blutsonntags begraben sind, und legten Kränze nieder, von denen die Polizei die roten Schleifen wegschnitt.

Der Krieg.

Der französisch-italienische Zwischenfall.

Paris, 24. Januar. Wie das „Echo de Paris“ meldet, hat der gestern in Rom eingetroffene Botschafter Barrère die telegraphische Meldung hierher gelangen lassen, daß die italienische Regierung die Absicht habe, die Türken freizugeben, sobald ihre Identität festgestellt ist und die nach Cagliari entsandte Kommission, welche die Türken einer medizinischen Prüfung unterziehen soll, das Ergebnis derselben mitgeteilt habe. In den maßgebenden französischen Kreisen erwidert man in diesem Vorhaben einen Beweis dafür, daß die italienische Regierung auf ihrer bisherigen bedauerlichen Haltung verharre.

Das Blatt meldet ferner, daß der französische Geschäftsträger in Rom, Legrand, nach dem von ihm begangenen „monumentalen Irrtum“ kaum auf seinem Posten verbleiben werde.

Italiensfeindliche Stimmung in Marseille.

Marseille, 24. Januar. Die hier herrschende Aufregung wegen des französisch-italienischen Zwischenfalls ist weit entfernt, nachzulassen. Eine gewisse Agitation gegen die Italiener wird in verschiedenen Kreisen festgestellt, speziell macht sich dies im Hafenviertel bemerkbar. Angesichts der Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen, die sich besonders gegen die italienische Bevölkerung richten würde, hat die Polizei eine genaue Liste aufstellen lassen, die die Namen der Italiener enthält, die Beförderer von Lokalisitäten sind, um ihre Etablierung vor der Wut der Bevölkerung in Schutz zu nehmen.

Verhaftung eines österreichischen Schiffes im Roten Meer.

Berlin, 23. Januar. (Neuer-Meldung.) Die Italiener haben gestern früh den österreichischen Dampfer „Grenz“ angehalten.

Freilassung der 29 Türken in Aussicht.

Paris, 24. Januar. Nach Zeitungsmeldungen aus Rom soll die von mehreren italienischen Universitätsprofessoren und einer besondern Kommission mit den 29 türkischen Reisenden der „Manouba“ vorgenommene Prüfung ergeben haben, daß vier davon tatsächlich Ärzte und die übrigen teils Krankenwärter, teils Verwaltungsbeamte des Roten Halbmonds seien. Es heißt, daß eine Depesche des französischen Vizekonsuls in Cagliari diese Meldung bestätige. Man glaubt, die französische Regierung werde unter diesen Umständen von der in Aussicht genommenen Feststellung der Identität der türkischen Reisenden absehen und sie direkt nach Tunis und Oran besperrern lassen. Man hält es für wahrscheinlich, daß ein französisches Kriegsschiff nach Cagliari abgehen und dort die Türken an Bord nehmen werde.

Die Revolution in China.

Die Mandchu-Prinzen wollen den Kampf.

Peking, 23. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Juanschikais besuchte heute früh im geheimen den Kaiser und hatte eine Unterredung mit der Kaiserin-Witwe. Diese, die unter dem Einfluß der jungen Mandchu-Prinzen steht, erklärte sich für Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Juanschikai soll dieser Ansicht beigestimmt und den Rat gegeben haben, die Mandchus sollten zusammenhalten und die nötigen Mittel zum Kampfe schaffen. Man sollte aber vor Beginn der Feindseligkeiten den Vormarsch der Revolutionäre abwarten. Damit sind die jungen Mitglieder des Kaiserhauses nicht einverstanden. Es wird hauptsächlich behauptet, daß Tsching den Umschwung am Hofe herbeigeführt hat und jetzt die Ermordung Juanschikais anregt, da er den Einfluß Juanschikais für so groß hält, daß man ihm nicht erlauben dürfe, Peking zu verlassen. Juanschikai selbst trifft für seinen persönlichen Schutz umfassende militärische Vorkehrungen. Er hat jetzt vierhundert Mann seiner eigenen Soldaten um sich, während die Mandchus zwölftausend Mann haben. Inzwischen hält die Mehrzahl der nordchinesischen Truppen zu Juanschikai. In den Gesandtschaften glaubt man nicht, daß den extremen Ratschlägen der Mandchu-Prinzen Folge gegeben werden wird, und daß die Abdankung des Throns nur einen Aufschub erfahren wird.

Sunhaißen gegen Juanschikai.

Schanghai, 24. Januar. Sunhaißen hat an Wutingsfang telegraphiert, daß er den Absichten Juanschikais mißtraue. Er beschwichtigt deshalb, die Präsidentschaft zu behalten, bis die Republik China von den Mächten anerkannt sei. Falls Juanschikai seine Verbindung mit den Mandchus aufgeben und öffentlich seine Zugehörigkeit zu den Republikanern bekennen werde, solle er zum Präsidenten gewählt werden, und Sunhaißen werde dann zurücktreten.

Eine revolutionäre Zwangsanleihe.

Schanghai, 24. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Da es den Revolutionären an Mitteln fehlt, um den Ende Februar fälligen Sold an die Truppen auszahlen zu können, hat der republikanische Kriegsminister an die Dampfer-

schiffahrtsgesellschaft für chinesische Waren die Forderung gestellt, zehn Millionen Taels zu zahlen, widrigenfalls die Schiffe der Gesellschaft beschlagnahmt und verkauft werden würden. Die Direktoren der Gesellschaft haben um Aufschub zur Befragung ihrer Aktionäre gebeten.

Aus der Partei.

Hervé über die deutschen Reichstagswahlen.

In seinem Blatte „Guerre sociale“ schreibt Gustave Hervé unter der Spitzmarke „Vive l'Allemagne Socialiste!“ (Es lebe das sozialistische Deutschland!) über die deutschen Reichstagswahlen. Hervé befindet sich zwar im Irrtum, wenn er meint, die deutsche Sozialdemokratie habe ihre „Metaphysik“ zugunsten der „Taktik“, nämlich eines Blods mit der liberalen oder radikalen Bourgeoisie aufgegeben, aber was Hervé sonst über unsere Wahlen zu sagen hat, ist gerade aus seinem Munde bemerkenswert. Hervé führt aus:

„Ich habe ehemals an dieser Stelle über die deutsche Sozialdemokratie geschrieben. Ich glaube sogar, daß ich ihr eines Tages — allerdings hauptsächlich, um sie vorwärts zu treiben — ins Gesicht gesagt habe, sie sei nur eine Wahl- und Zählmaschine. Seitdem aber im Laufe des letzten Sommers unsere deutschen Genossen ihre gewaltigen Manifestationen gegen den Krieg veranstaltet haben — während wir in Frankreich, die wir so gewöhnlich so lärmfreudig sind, uns so wenig glänzend verhielten —, seitdem ich erlernet habe, daß diese ungeheure Wahl- und Zählmaschine sich auch in eine ungeheure Maschine gegen den Kaiser und seine Dienstleute verandern konnte, bin ich dahin gekommen, und selbst eine solche Maschine zu wünschen. Die schwerfälligen Bataillone der Sozialdemokratie marschieren methodisch voran, sie begehen keine Unvorsichtigkeit, machen kein falsches Manöver und befehlen eine Stadt, ein Dorf nach dem anderen. Es ist ein neues kaiserliches Sedan, das sich vorbereitet, mit einer neuen Republik der Deutschen, als Ausgang. Der Kaiser weiß es. Er weiß, daß zur Stunde ein europäischer Krieg, gehe er wie immer aus, die Lösung des Knotens nur beschleunigen würde. Und so ist der Wahlsieg der Sozialdemokratie nicht nur ein Sieg für die deutsche Freiheit, sondern auch für den Weltfrieden. Werden wir in Frankreich aus diesem Sieg unserer deutschen Freunde die in ihm enthaltene Lehre in bezug auf die Organisation, die Methode, die Disziplin und die Eintracht zu ziehen wissen? Wir haben wahrhaftig nötig, bei ihnen ein wenig in die Schule zu gehen. Sie haben, indem sie zwischen der Partei und den Gewerkschaften ein herzliches Einvernehmen vermittelten, der deutschen Arbeiterklasse zwei machtvolle Organisationen gegeben, eine politische und eine wirtschaftliche, die Hand in Hand marschieren, und sie haben es vermocht, dem deutschen Volke den Glauben an sich selbst, den Enthusiasmus, der Berge der Berge der Berge ist, zu geben. Wir dagegen, die doch in politischer Beziehung vor dem deutschen Volk einen schönen Vorsprung hatten, haben das Mittel gefunden, durch unsere inneren Zwistigkeiten, durch unsere unfruchtbareren Forderungen über Personen, Sekten- und Geschäftsträger eine Partei und eine Gewerkschaft zu haben, die gleichermaßen stagnieren, mit lächerlichen Effektivitäten, mit Kassen ohne einen Groschen, mit Zeitungen ohne Leser... Wahrhaftig, ich beginne mich zu fragen, ob wir mit unseren großen Worten von Insurrektion, von direkter Aktion und Sabotage vom revolutionären Gesichtspunkt nicht wie kleine Knaben gegenüber den deutschen Wähler-Sozialisten dastehen!“

Aus der Frauenbewegung.

Schaulöhne für industrielle Kinderarbeit.

Die kürzlich erschienenen Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1910 erwähnen auch die Ergebnisse von Revisionen hausindustrieller Betriebe, in denen Kinder in größerem Umfange gewerblich beschäftigt werden. Erschütternde Bilder grausigen sozialen Elends erschauen da aus den nüchternen, rein sachlichen Schilderungen, die gewiß in keiner Weise übertrieben sind. Wo von den „Löhnen“ der ausgedehnten Kinder die Rede ist, wird die Niedrigkeit stets betont, ohne daß nähere Angaben gemacht werden. Allein die württembergischen Beamten haben sich in anerkennenswerter Weise bemüht, die „Löhne“ der kleinen Proletarier im einzelnen festzustellen. Im Württembergischen wurden z. B. Kinder angetroffen, die Geldtäschchen aus Neusilberlingen und Federringe an Uhrketten für Forzheimer Bijouteriefabriken anfertigten. Für das Zueinanderfügen von 1000 kleinen Ringen zu den Täschchen, wozu Rängen benötigt werden, zählt der Fabrikant nach Qualität und Größe 30—60 Pf.; für das Anfertigen eines Federringes 2 1/2—3 Pfennig. Langanhaltende aufstrebende Arbeit der Kinder ist zur Erzielung dieser Summen nötig, an denen oft noch der Zwischenmeister partizipiert. In der Uhrindustrie des Schwarzwaldes erhalten Kinder für Spindelstecken, wobei in jede Spindel 6—10 kleine Stifte zu stecken sind, pro Hundert 7—10 Pfennig. Zu dieser Arbeit werden schon 5—6jährige Kinder herangezogen, angeblich um die Fertigkeit der Kinder durch frühzeitige Übung aufs Höchste zu steigern. Es soll Kinder geben, die schließlich in 1 1/2—1 3/4 Stunden 600—1000 Stifte stecken können. Die Kleinen fassen die Stifte mit ihren Fingern, die älteren Kinder verwenden winzige Zangen. Die müssen diese Kinder eine solche Arbeit hassen lernen, die sie nicht nur des Glücks der Jugend beraubt, die auch ihre Augen vorzeitig schwächt, die durch ihre Last nervenzerrüttend wirkt! Der Bericht bemerkt lakonisch: „So lange sich für diese Arbeit noch billige Kinderhände finden, wird die Technik auch gar nicht ernstlich gezwungen, Ersatz durch Maschinenarbeit zu schaffen.“

In den Oberämtern Mürtingen und Urach werden Kinder mit dem Zusammennähen und Neuhäkeln von Kinderjackchen beschäftigt. Für das Abschleifen und Zusammennähen von einem Dutzend Jackchen gibt es 10 bis 12 Pf., für das Umhäkeln — dreimal um den Hals, zweimal um den Arm, einmal um das ganze Jackchen — 25 bis 30 Pf. per Dutzend. Ein zwölfjähriges Kind kann nach ein- bis zweijähriger Übung einen Mittel, das Dutzend zu 30 Pf., in einer halben bis dreiviertel Stunden umhäkeln, darf aber hierbei kaum von der Arbeit aufsehen. Früher behielten noch nicht schulpflichtige Kinder die billigsten Jackchen für 20 und 22 Pf. per Dutzend. Beim Kleben von Apothekerschildern erhalten Kinder 5 bis 10 M. für das Tausend, für 1000 Düten zu Zigarren und Zunderwaren 85 Pf., für 1000 einfache braune Düten 20 bis 30 Pf.

Das Flechten von Mohrstühlen erfordert einigen Kraftaufwand und wird deshalb nur von Kindern über zwölf Jahren ausgeführt. Ein gewandtes Kind kann einen Sitz in 2 bis 2 1/2 Stunden flechten und 30 Pf. dabei verdienen, tadelloses Material vorausgesetzt. Kinder von fünf bis acht Jahren werden in abgelegenen württembergischen Gegenden mit Endschuhmachern beschäftigt. Die hierzu nötigen Luchabfälle liefert der Arbeitgeber, die Mutter schneidet sie in schmale Streifen und die Kinder flechten sie auf Holzformen. Für ein Paar Kinderschuhe werden 4—6 Pf., für ein Paar

Frauenschuhe 10—12 Pf. gezahlt. Es ist fleißige Arbeit und die Luchabfälle sind oft nicht neu.

Der Bericht für Württemberg hebt schließlich noch hervor, daß die Lohnsätze für Kinderarbeit seit den ersten Erhebungen vor sieben Jahren trotz der inzwischen erfolgten Verteuerung des Lebensunterhaltes keine wesentliche Besserung erfahren haben.

Allein selbst wenn die Löhne für Kinderarbeit nicht so schandbar niedrig wären, so bliebe die Kinderarbeit doch aus vielen Gründen eine durchaus verwerfliche Sache. Es sei im Anschluß an den Chemnitzer Bericht nur eine der Gefahren der gewerblichen Kinderarbeit hervorgehoben. Wo die Kinder selbständig arbeiten oder die gleiche Arbeit wie die Eltern verrichten, fällt ihnen gewöhnlich ein Teil des Verdienstes zu, über den sie frei verfügen können. Das Geld wird von den Mädchen meistens zum Besuch von „Kleinstücken“, Automatenrestaurants und zur Anschaffung von Büg verwendet. Bei den Knaben macht sich außer der Vorliebe für das Kino, die Bier nach Schundliteratur geltend, die sie oft in ziemlich erheblichem Umfange befreudigen können. Es ist bekannt, welch ungeheuren moralischen Schaden die Schundliteratur anzurichten vermag.

Ein großes Werk der Aufklärung haben unsere Genossinnen in den Kinderschutzkommissionen noch zu verrichten, denn Armut und Unverstand machen viele Eltern blind gegen die schweren körperlichen, geistigen und sittlichen Gefahren, denen sie ihr Fleisch und Blut in der Erwerbsarbeit aussetzen. Das ganz und gar unzulängliche Kinderschutzgesetz nötigt die aufgeklärten Proletarierinnen, die private Initiative zu ergreifen. Die Frau und Mutter wird der Mutter gegenüber am ehesten die richtigen Worte finden, um sie von gewerblicher Ausnutzung ihrer Kinder abzuhalten.

Gewerkschaftliches siehe 1. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Erstwahl für den doppelt gewählten Polen.

Breslau, 24. Januar. Die Neuwahl im Wahlkreis Opatow 7 Pleh-Rhbnik, wo der in zwei Wahlkreisen gewählte Graf von Riezynski (Polen) sein Mandat niedergelegt hat, ist, wie die „Schlesische Zeitung“ erfährt, auf den 29. Januar angesetzt worden.

Der Rabbi und der König.

Rom, 24. Januar. Die „Agenzia Stefani“ bezieht die aus türkischer Quelle stammende Blättermeldung, nach der die Italiener am 20. Januar bei Derna mit einem Verlust von zweihundert Toten geschlagen worden seien und die Türken einen verwundeten italienischen General gefangen genommen und sieben Kanonen sowie sechshundert Gewehre erbeutet hätten, als unzutreffend. Sie erklärt, bei Derna habe kein Kampf mehr seit dem 17. Januar stattgefunden; an diesem Tage seien die Türken mit beträchtlichen Verlusten, über hundert Toten, und unter Zurücklassung vieler Waffen und Munition zurückgeschlagen worden, während die Italiener nur drei Tote und siebenhundert Verwundete gehabt hätten.

Die Blockade im Roten Meer.

Rom, 24. Januar. (B. L. B.) Der Minister des Äußern hat den Vertretern der fremden Mächte in Rom mitgeteilt, daß die vom Kommandanten der Seestreitkräfte im Roten Meer über die türkische Küste von Ras Isa bis Ras Ulaisir verhängte Blockade am 24. Januar anstatt am 22. beginnen werde. Den neutralen Schiffen werde eine Frist von 5 Tagen, vom Tage des Beginns der Blockade an, bewilligt werden, um unbefehligt aus der Zone der Blockade zu gelangen.

Das deutsche Rote Kreuz nach dem Kriegshauptplatz.

Tunis, 24. Januar. (B. L. B.) Der Dampfer „Pera“ mit der deutschen Expedition des Roten Kreuzes an Bord ist heute vormittag in La Goulette angekommen. Die Expedition wird nach den Guerdon weiterfahren, wo sie ausgeschifft werden wird, um von da den Marsch nach dem türkischen Lager anzutreten.

Holländische Kolonialfreunden.

Saag, 24. Januar. (B. L. B.) Nach einer amtlichen Meldung haben sich in Rotterdam an der Westküste des Bezirks Atjeh auf Sumatra siebzehn Rebellenführer den Holländern unterworfen. Es sind nur noch zwei Rebellenführer unter den Waffen. In der Nacht zum 20. Januar wurde in Krong Loea (Atjeh) das Lager einer Patrouille von sieben Räubern überfallen. Zwei von ihnen wurden getötet. Auf Seiten der Holländer wurde ein Offizier und drei Soldaten verwundet.

Eine südamerikanische Raubhalgerei.

Buenos Aires, 24. Januar. (B. L. B.) Die Zeitungen melden, der Minister des Äußern Bosc habe an den argentinischen Gesandten in Asuncion Weisungen erteilt, förmlich Einspruch gegen die Angriffe zu erheben, die gegen argentinische Schiffe und Unternehmungen ausgeführt worden seien. Da sich die Regierung von Paraguay rücksichtslos geweigert habe, Aufklärungen zu geben, so habe der Minister des Äußern angeordnet, der Gesandte in Asuncion solle Genugtuung innerhalb von 24 Stunden fordern; im Weigerungsfalle würde der Gesandte unterzünftig abberufen werden.

Doch kein Berliner Anfall?

Czernowit, 24. Januar. (B. L. B.) In der höchsten Landesirrenanstalt ist eine schwere Epidemie ausgebrochen, von der bisher 25 Insassen der Anstalt sowie der Arzt Dr. Romler erkrankt wurden. Die Erscheinungen der Krankheit sind influenzaartig, doch mit fürchtbarem Durchfall verbunden. Den herbeigerufenen Professoren ist es bisher nicht gelungen, eine genaue Diagnose zu stellen.

Unfallversicherung in Rußland.

Petersburg, 24. Januar. (B. L. B.) Die Reichsduma nahm in dritter Lesung die Gesetzentwürfe betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter und betreffend die Entschädigung für Verluste, die durch Verfügungen von Amtspersonen verursacht werden, an. Zur zweiten Vorlage wurde eine von der Radikalenpartei vorgeschlagene Übergangsformel angenommen, die die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Amtspersonen für ungenügend erklärt und Entschädigung aus der Staatskasse verlangt.

Die Raube des Ruinierten.

Marseille, 24. Januar. (B. L. B.) Im Justizpalaste gab ein ehemaliger Wirt namens Bären während des gerichtlichen Verkaufes seiner Häuser auf die Annalee Journet und Beißere zwei Revolvergeschosse ab und schoß sich jodann eine Kugel in den Mund. Die Verletzungen der beiden Anwältinnen wie auch des Täters sind sehr schwer.

Der Entscheidungstag

im Wahlkreise Potsdam-Osthavelland

Ist gekommen. Am heutigen Donnerstag gilt es für die Wählerschaft des Kreises zu handeln und zugleich das Urteil zu sprechen über die von den reaktionären Vereinen und Parteien des Kreises gegen die Sozialdemokratie und deren Kandidaten Genossen Dr. Karl Liebknecht betriebene verlogene Hetze. Ein ganzer Stab kapitalistischer Söldlinge wurde bis in die letzten Tage mit der Mission betraut, die Wählerschaft, darunter die Tausende der gedrückten und entrechteten Staatsarbeiter zu bearbeiten. Und schon die Tatsache, daß wie bei früheren Wahlen so auch diesmal „die ersten Pferde“ des Reichsverbandes in die Wahlkampfarena geführt wurden, läßt einen Schluß zu, welches Maß die politische Brunnenvergiftung des Volksgewisses durch jene Elemente erreicht haben mag. Und zu jenen Verleumdungstumpen gefellte sich die dem Reichsverband zur Verfügung stehende, verkommene bürgerliche Presse, um all jenem politischen Lurari in ihren Spalten Aufnahme zu gewähren und die Leserschaft für den bürgerlichen Kandidaten zu gewinnen. Der politisch reife Mensch mag sich manchmal mit einem Gefühl des Efels abgewendet haben von jenen Elementen, die bei all ihren unsauberen Machenschaften noch mit dreifester Stirn sich als Vertreter von Sitte und Ordnung hinzustellen beliebten. Daher war es zu verstehen, daß die Verleumdungssöldlinge sich bei Arrangierung von Versammlungen während des Wahlkampfes die Anwesenheit von Sozialdemokraten verbat.

Turnhoch über jener elenden Verleumdungskampagne stand der Kampf, den unsere Genossen geführt haben und den sie bei der heutigen Wahl durch einen letzten Ansturm mit dem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten krönen werden.

Der Wahlschwindel der „Potsdamer Tageszeitung“.

Wie wir in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bereits mitteilten, hat sich die Drohung der „Potsdamer Tageszeitung“, daß wenn am 25. Januar der sozialdemokratische Kandidat Liebknecht gewählt werden sollte, der Kaiser künftig nicht mehr in Potsdam Hof halten werde und ferner mehrere in Potsdam stationierte Garberegimenter nach anderen Städten verlegt würden, als ein ganz perfider Wahlschwindel erwiesen.

Außer der Erklärung des Kriegsministeriums, daß an dieser Behauptung nichts Wahres sei, muß das Blatt jetzt folgende drei Erklärungen veröffentlichen:

Sowohl als Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, wie als Stichwahlkandidat der bürgerlichen Parteien erkläre ich zur Aufklärung meiner Wähler, daß sich der Leitartikel der gestrigen „Potsdamer Tageszeitung“ als ein Verstoß des Verfassers darstellt und in seinem die angeleglichen Gefahren für die Stadt Potsdam betreffenden todschläglichen Inhalt nach meiner amtlichen Kenntnis jedweder Unterlage enthält. Potsdam, den 23. Januar 1912.

Wosberg, Oberbürgermeister.

Um falschen Gerüchten entgegenzutreten, erkläre ich hiermit, daß weder ich noch irgend ein Mitglied des Neuen Wahlvereins mit dem gestrigen Leitartikel dieser Zeitung irgend etwas zu tun haben, und daß wir ihn vollkommen mißbilligen. Potsdam, den 23. Januar 1912.

Der Vorstand des Neuen Wahlvereins. v. Stössel, Vorsitzender.

Bezug nehmend auf die vorstehenden Erklärungen des Herrn Oberbürgermeisters Wosberg und des Vorsitzenden des Neuen

Kleines feuilleton.

Sherlock Holmes in Afrika. Etwas von dem berühmten Verbrechensgenie und Verbrechensfänger Sherlock Holmes haben auch die „Papiere“ in der italienischen Kolonie Eritrea, jene aus den Reihen der Eingeborenen rekrutierten Söldlinge, die zum Teil jetzt nach Tripolis geschickt worden sind. Ein Mitarbeiter der „Tribuna“ erzählt, daß vor einiger Zeit ein Papiere, der von Adi Nagri nach Asmara zurückkehrte, unterwegs von dem Führer einer Karawane angeprochen wurde; der Mann erzählte jammernd, daß ihm ein Kamel mit der ganzen Last, die es trug, gestohlen worden wäre, und sagte schließlich voll Entrüstung: „Im Lande des Regus von Italien wird noch mehr gestohlen als in Abessinien.“ Der Papiere fühlte sich durch diese Nebeneinanderstellung tief gekränkt und erwiderte mit heiserlicher Heftigkeit: „Komm morgen in die Kaserne von Asmara und du wirst dein Kamel wieder bekommen; es hängt auf dem rechten Hinterfuß, es fehlt ihm vorn ein Zahn, es ist blind auf dem linken Auge und hatte auf dem Rücken eine Ladung Honig und Getreide.“ Der Kamelreiter war ganz verblüfft; ob dieser genauen Angaben, die in jedem Punkte stimmten, und war wie aus den Wolken gefallen, als er am nächsten Morgen in Asmara sein Kamel vorfand; die Papiere hatten es inzwischen auf dem Markt bei einer anderen Karawane entdeckt. Als der Papiere dann von seinen Vorgesetzten gefragt wurde wie er so bestimmte Angaben habe machen können, sagte er: „Als ich von Adi Nagri fortging, bemerkte ich auf dem Boden des Weges Kamelpuren; drei Fußtapfen waren tief, während eine den Boden immer nur oberflächlich streifte; da sagte ich mir, daß das Kamel einer Karawane, die vor mir diesen Weg gegangen war, gehintert haben müsse; seitwärts vom Wege war zur Rechten abgetretenes Gras, während zur Linken das Gras nicht berührt war, und da die abgetretenen — im übrigen ganz gleichen Stellen überall eine kleine, etwas hervorstehende Grasspitze aufwies, dachte ich mir, daß dem Kamel wohl ein Zahn fehlen müsse, und daß es, da es das Gras zur Linken unberührt gelassen hatte, auf dem linken Auge blind zu sein scheine. . . und ich hatte richtig geraten. Ich sah endlich noch, wie auf der einen Seite die Ameisen sich um Honigtropfen drängten und auf der anderen Seite um Getreidekörnern; daraus konnte ich mit Leichtigkeit auf die Art der Ladung des Tieres schließen und auf dem Markt eben so leicht herausfinden. . .“ So weit der Bericht des Papiere, der den Beweis liefert, daß der gute Mann oder der Mitarbeiter der „Tribuna“ mit Augen orientalische Dichtungen gelesen hat, denn die Geschichte ist uralt und sowohl in der persischen, wie auch in der arabischen Literatur zu finden.

Familie Tchang, Wang, Li und Tschao. Ein chinesisches Reichsadelhaus existiert zwar noch nicht, dürfte aber vielleicht zugleich mit der Einführung der vielen Reformen, die in Aussicht stehen, sehr bald verwirklicht werden. Seine Abfassung wird nicht so schwer sein als man bei der Vorstellung, daß das große Reich 400 Millionen Einwohner hat, vermuten könnte, denn die Zahl der chinesischen Familiennamen ist verhältnismäßig beschränkt und besonders vier von ihnen schlagen, was häufiges Vorkommen betrifft, jeden europäischen Namen. Ein englischer Gelehrter, Dr. Giles, hat sich nach der Zeitfchrift „Katholische Missionen“ die große Mühe genommen, 10 Jahrgänge

Wahlvereins Herrn Major Freiherrn v. Stössel füge ich als Verleger der „Potsdamer Tageszeitung“ hinzu, daß mir der Inhalt des Leitartikels in Nr. 18 vor der Drucklegung und somit auch vor der Veröffentlichung nicht bekannt war, und erkläre nochmals an dieser Stelle, daß ich auch meine Zustimmung dazu nicht erteilt hätte. Ich bedauere auf das Lebhafteste, daß durch diesen Artikel eine so große Verunreinigung in unsere Einwohnerschaft hineingetragen worden ist.

Kurt Gerber, Verleger der „Potsdamer Tageszeitung“.

Nicht immer wird ein Schwindel so rasch als solcher entlarvt, wie dies in vorliegender Falle geschehen konnte. Das Beispiel illustriert aber deutlich genug, wie die antisozialistische Presse das Kleinbürgertum, insbesondere die kleinen Geschäftleute durch indirekte und direkte Drohungen in ihrem politischen Handeln zu beeinflussen gesucht hat.

Die beste Antwort auf ein so hinterlistiges Spiel kann die Wählerschaft des Kreises nur geben, wenn sie den sozialdemokratischen Kandidaten

Dr. Karl Liebknecht

mit einer überwältigenden Majorität in den Reichstag sendet.

Gewerkschaftliches.

Ein Unternehmerangriff auf Gewerkschaftskassen

wurde in Fürth i. B. abgeschlagen. Die Buntpapierfabrik Gebr. Stern (Nrh. Kaufmann) hatte wiederholte Versuche des Fabrikarbeiter-Verbandes zu Verhandlungen wegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung zurückgewiesen und die Zuschriften des Verbandes uneröffnet zurückgeschickt, worauf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik durch Handzettel zu einer Versammlung eingeladen wurden, die den Streik beschloß. In den Handzetteln befand sich der Passus: „Herr Kaufmann lehnt es ab, berechnete Forderungen seiner Arbeiter entgegen zu nehmen.“ Dieser Satz gab dem Unternehmer Anlaß, Zivillage auf einen Schadenersatz von „vorläufig“ 3000 M. zu stellen, weil die angegebene Behauptung unwahr sei; er habe gerne mit seinen Arbeitern einzeln verhandeln wollen, nicht aber mit dem Verband. Wenn der Einbrucher Loth. gegen den sich die Klage richtet, diese Tatsache in der Versammlung mitgeteilt hätte, wäre der Streikbeschuß nicht gefaßt worden und die Schädigung unterblieben. Das Gericht ging auf diese feinen Kniffe nicht ein und ließ den Herrn mit seiner Klage abblühen. Das könnte den Scharfmachern so passen, wenn sie auf solche Weise sich an den Gewerkschaftskassen bereichern könnten.

Berlin und Umgegend.

Der Tarifvertrag der Bauanschläger läuft mit dem 30. März d. J. ab. Als er vor drei Jahren zustande kam, wurde bereits vereinbart, daß vor seinem Ablauf über eine Revision des Tarifs beraten werden sollte. Das ist nun inzwischen geschehen, und aus den Beratungen der Vertreter beider Parteien ist eine neue Tarifvorlage hervorgegangen, über die am Sonntag eine Versammlung der Bauanschläger zu beschließen hatte. Die Vorlage stand allen gedruckt zur Verfügung. Der Branchenleiter Loos hob in seinem Referate hervor, daß sie annehmbare Verbesserungen bietet. Die verschiedenen Positionen sind möglichst so berechnet worden, daß bei jeder Arbeit ungefähr der gleiche Verdienst erzielt werden kann. Demgemäß sind die Preise für die weniger gut bezahlten Arbeiten erhöht worden. Die Arbeiter strebten danach, Verschlechterungen bei den ihrer Meinung nach bisher zu gut bezahlten Arbeiten herbeizuführen, verzichteten aber im Laufe der Verhandlungen darauf, weil auch ihnen offenbar viel daran lag, auf friedlichem Wege zur

Einigung zu kommen und sie wohl auch einsehen, daß der Verteuerung der Lebenshaltung Rechnung getragen werden mußte. — Der Redner ging sodann den Tarif ausführlich durch und zeigte, welche Veränderungen und Verbesserungen die verschiedenen Positionen erfahren haben. Daran schloß sich eine längere Diskussion, die damit endete, daß die Versammlung sich mit der Vorlage einverstanden erklärte.

Deutsches Reich.

Die Einfügung einer Arbeitsleistungsklausel in den Tarifvertrag

ist eine Forderung, die von den Unternehmern der verschiedensten Berufsgruppen aufgestellt wird. Auch für die Tarife der Steinseger wurde sie in letzter Zeit von den Unternehmern mehr und mehr verlangt. Dabei steigen die Anforderungen, die die Unternehmer an die Arbeiter stellen, natürlich immer höher, so daß dadurch nicht nur eine gesundheitliche Schädigung der Arbeiter befürchtet werden mußte, sondern auch die von den Auftraggebern an die qualitative Ausführung der Arbeit gestellten Anforderungen nicht erfüllt werden konnten. Dabei hätten wiederum die Arbeiter den größten Schaden gehabt, weil die Gefahr heraufbeschworen würde, daß das Steinsegergewerbe von seinen Konkurrenten dann umso leichter verdrängt wird. Da weiter verschiedene Mitglieder der Unternehmerorganisation sich bei ihrem Vorgehen darauf beriefen, daß sie auf Weisung ihres Zentralvorstandes so handeln, so sah sich der Vorstand des Steinsegerverbandes genötigt, der Frage grundsätzlich näher zu treten und sie namentlich darauf hin zu prüfen, wie ein solches Vorgehen der Unternehmer auf das Gesamtgewerbe einwirken müsse.

Der Vorstand der Arbeiterorganisation kam zu dem Entschluß, die Wirkung der Arbeitsleistungsklausel in einer umfassenden Denkschrift nach allen Seiten hin, auch vom Standpunkte des Unternehmers, darzulegen. Vor der Drucklegung wandte sich dann der Zentralvorstand der Steinseger an den der Unternehmerorganisation mit dem Vorschlag, die Frage in einer gemeinsamen Aussprache zu behandeln, um so vielleicht zu erzielen, daß die Unternehmer auf ihre Anstimmungen verzichten, besonders wenn nachgewiesen werden könnte, daß auch sie den erhofften Vorteil von der Arbeitsleistungsklausel nicht haben würden. Die Aussprache hat dann stattgefunden. Nachdem die Vertreter der Arbeiter ihre Ansichten mündlich dargelegt hatten, erklärte der Vorsitzende des Unternehmer-Verbands, daß der Unternehmerverband eine allgemeine Parole für die Arbeitsleistungsklausel nicht ausgeben habe. Er fügte jedoch hinzu, daß auch er die vom Standpunkte der Unternehmer vorgetragene Gründe dagegen als „zum Teil berechtigt“ ansehen müsse. Es liege sich deshalb sehr wohl darüber reden, ob sich den berechtigten Interessen der Unternehmer an einer den normalen Ansprüchen genügenden Gegenleistung nicht auch in anderer Weise Rechnung tragen ließe. Dem wurde von den Arbeitervertretern grundsätzlich nicht widersprochen, allerdings auch hinzugefügt, daß daran ernstlich erst gedacht werden könne, wenn für das Steinsegergewerbe erst einmal ein wirklich soziales Tarifsystem vorhanden sein würde, was bis heute nicht der Fall ist.

Ausperrungstunt.

In der Schuh- und Schäfteindustrie der Bismarckstr., Dabringhauser, Burscheider und Hagen Weg ist wieder ein wirtschaftlicher Kampf ausgebrochen. Die dem Bezirksverein Bismarckstr. des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten angehörenden Firmen haben den im Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gelündigt. Es kommen circa 1000 Arbeiter in Betracht. Diese Aussperrung ist auf eine Lohnbewegung in der Schuh- und Schäftefabrik von Herhardt u. Kattwinkel in Bismarckstr. zurückzuführen. Die Steuerpächter der Fabrik hatten höhere Löhne beantragt. Die Forderungen waren von der Firma aber als unberechtigt zurückgewiesen worden. Daraufhin hatten die in dem Betrieb beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlich gelündigt und diese

In der Schicht zwischen 200 und 1000 Meter Höhe ist die mittlere Geschwindigkeit des Windes im Sommer 7,5 und im Winter 8,8 Meter in der Sekunde. Für die Schicht zwischen 1000 und 3000 Meter Höhe steigert sich der Unterschied bereits erheblich, und jenseits 3000 Meter beträgt die Geschwindigkeit der Stürme im Winter mehr als das Doppelte von der des Sommers. Zwischen 5000 und 7000 Meter Höhe herrscht im Winter durchschnittlich ein Orkan von 43,8 Meter in der Sekunde.

Das Wachstum des Menschen. Nach den Untersuchungen von Franz Schwarz ergab sich, daß vom 6.—11. Jahre die Knochen größer sind, als die gleichaltrigen Mädchen. Vom 12.—15. Jahre übertreffen die Mädchen die gleichaltrigen Knaben. Nach dem 16. Lebensjahr zeigt das männliche Geschlecht die größere Körpergröße. Die erste starke Größenzunahme fällt bei den Knaben ins 9. und 10., bei den Mädchen in das 10. Lebensjahr, was wohl mit dem Zahnwechsel zusammenhängt. Eine zweite größte Längenzunahme ist für das männliche Geschlecht im 14., für das weibliche im 13. Jahr zu konstatieren, bedingt durch die Pubertätsentwicklung. Mitten und Ruhe haben Einfluß auf die Körpergröße und die ganze Körperentwicklung. Kinder wohlhabender Eltern sind größer als die gleichaltrigen Kinder armer Eltern. Kinder der nördlichen Rasse sind größer als die gleichaltrigen Schulgenossen der alpinen und mittelländischen Rassen. Für das Gewicht kommt in Betracht, daß die Mädchen vom 12. bis 16. Jahre schwerer als die Knaben sind. Vor dem 12. und nach dem 16. Jahre sind die Mädchen aber leichter als die gleichaltrigen Knaben. Kinder wohlhabender Eltern sind schwerer als die armeren Klassen. Der Kopfumfang ist bei Knaben größer als bei Mädchen. Im Laufe der Entwicklung erfährt die Kopfform eine größere Zunahme als die Breite. Erwachsene haben eine länglichere Kopfform als Kinder. Knaben haben ein größeres Gesicht als Mädchen, das männliche Geschlecht zeigt ein längeres und schmaleres Gesicht als das weibliche.

Notizen.

Das Neueste aus dem belagerten Paris. Soeben sind in Marseille neue Nachrichten aus dem belagerten Paris eingetroffen: ein Brief vom 16. Januar 1871, der jetzt, nach mehr als 40 Jahren, seinen Bestimmungsort Marseille erreicht hat und von der gewissenhaften Post dem Adressaten, der Redaktion des „Kombelliste“ angehängt worden ist. Der etwas verspätete Brief enthält einen langen Bericht des Pariser Mitarbeiters des Marxseiler Blattes; der Brief war am 16. Januar der Agentur Havas zur Beförderung übergeben worden und verließ auch pünktlich im Luftballon die belagerte Hauptstadt Frankreichs. Wo der Brief während der inzwischen verflossenen 41 Jahre gesteckt hat, ist ein ungelöstes Geheimnis.

Die freie Volkshöhne hat Emil Rosenows hinterlassenes Drama: „Die im Schatten leben“ zur Aufführung erworben und wird das Werk im Herbst zum erstenmal in Deutschland zur Aufführung bringen. Der Schauplatz des Dramas ist das Dortmunder Industriegebiet.

Die nächste Serie im Neuen Schauspielhaus ist Calderons dramatische Dichtung: „Das Leben ein Traum“. Am Sonntag, den 25. Februar veranstaltet die freie Volkshöhne in der Neuen Philharmonie ein Beethoven-Konzert mit der aus 70 Musikern bestehenden Sinfonievereinigung.

Mündigung auf Angehörigen der Erklärung des Fabrikantenverbandes aufrechterhalten, daß die allgemeine Ausdehnung der organisierten Schularbeiter im Bezirk Barmen, Dabringhausen, Barmen und Hilgen erfolgen würde, wenn die Mündigung nicht bis zum 18. Januar abends zurückgenommen werden sollte.

Die Sandsteinmetzen im Königreich Sachsen haben einen schönen Erfolg errungen. Sie konnten einen Normaltarif zum Abschluß bringen, der für etwa 1000 Steinmetzen gültig sein wird. Es fanden etwa 20 Sitzungen mit Vertreter beider Parteien statt. Die Vorlage der Unternehmer wurde in vielen Punkten umgestaltet, um dem Tarif eine Form zu geben, daß er von den Arbeitern angenommen werden konnte. Die Ortszuschläge betragen für Dresden-Pirnna 20 Proz., für Leipzig 15 Proz., für Chemnitz, Riesa, Plauen und Zwickau 8 Proz. Die Unternehmer mühten den Steinmetzen ein großes Entgegenkommen zeigen, sonst wäre im letzten Augenblick der Tarif noch gescheitert. Einige Unternehmer wollten nämlich mehrere Lohnreduzierungen einschmeicheln, was ihnen aber vorgebehalten. Für das Schließen des Werkzeugs wird den Steinmetzen 1 Proz. vom verdienten Lohne vergütet. Unter allen Umständen wollten die Steinmetzen in der dreijährigen Tarifdauer festhalten. Dieser Vorbehalt wurde von den Arbeitervertretern in bestimmter Form abgelehnt, man einigte sich auf eine Tarifdauer von zwei Jahren. Der Abschluß des Normaltarifs dürfte insbesondere für die Steinmetzen im Maintal und im Plauen-Gebiet von großem Interesse sein.

Ausland.

Der Kohlengräberstreik im Vorinage.

Die halsstarrigen Unternehmer.

Brüssel, 23. Januar. (Fig. Bez.)

Ebensoviel guten Willen die Kohlenarbeiter der Streikregion zeigen, die Situation einer gütlichen Lösung zuzuführen, soviel Mangel an Entgegenkommen zeigt die Gewerkschaft der Grubenbesitzer allen Bemühungen der Bergarbeiterföderation und des Provinzregiments — denn der Arbeitsminister gerühte noch immer nicht direkt eingzugreifen — die Einberufung eines Schiedsgerichts durchzusetzen, stellen die Grubenbesitzer ein starkes Nein entgegen. Nach der letzten Versammlung, die der Gouverneur des Hennegau „im Namen des Arbeitsministers“ unternahm, ist gescheitert: das Syndikat der Unternehmer beharrt auf der vierzehntägigen Lohnzahlung, und die Situation dauert unerbittlich weiter. Die erworbene Arbeitsaufnahme, die eine nachgiebigere Haltung der Unternehmer — Annahme des Schiedsgerichtsvorschlages — gebracht hätte, ist in eine Ferne gerückt, die vor der Hand unbeschreiblich ist.

Die Nachsichtigkeit der Arbeiter zeigt sich auch in der prinzipiellen Forderung des Auszahlungstermins selbst. Wir wissen bereits davon hin, daß es sich in dem gegenwärtigen Streik der 26 000 Kohlenarbeiter des Vorinages nicht lediglich um den neuen Auszahlungsmodus an und für sich handelt, sondern um die an ihn geknüpfte vierzehntägige Mündigungsfrist. Die Umänderung der früheren Satz in die vierzehntägige Mündigungsfrist würde durch eine Reihe von Umständen zur Folge haben, daß der kündigende Arbeiter einen Monat so gut wie keinen Lohn erhält. Hatte er früher eine „schlechte“ Grube, konnte er sie nach acht Tagen verlassen und bekam in der neuen Grube nach acht Tagen seinen Lohn. Nach den neuen Bestimmungen müßte er 14 Tage auf seinem unglücklichen Arbeitsplatz ausharren, belagert beim Verlassen nur die entsprechend geringe Summe und hätte nun in der neuen Grube wieder vierzehn Tage auf den Lohn zu warten. Man sieht, daß das scheinbar harmlose Arrangement der Unternehmer, vierzehntägig auszuzahlen, um die Abzüge für die Pensionen leichter machen zu können, eine mit einer schweren materiellen Schädigung verbundene größere Gebundenheit des Arbeiters zur Folge hätte. Da das Wandern von einer Grube zur anderen eine häufige Erscheinung im Vorinage ist, setzen sich die Arbeiter gegen die Maßnahme der vierzehntägigen Mündigung noch mehr zur Wehr wie gegen die Lebensgewohnheiten des „Barrain“, des Vorinagesarbeiters, bestehende vierzehntägige Auszahlung. Immerhin zeigt sich, wie gesagt, ein Teil der Arbeiter geneigt, im zweiten Punkte nachzugeben, wenn sich nur im ersten eine Vermittelung erzielen läßt. Die wenig Heranziehenden oder annähernd der Standpunkt der Arbeiter ist, mag man nicht zuletzt an der Haltung der hiesigen Presse erkennen, die sich im allgemeinen zu seiner Verteidigung der Unternehmer anläßt, im einzelnen sogar, wie z. B. der „Gazette“, dem die „Interessen der Industrie“ gewiß noch etwas näher liegen wie die der Arbeiter, den Standpunkt der Arbeiter verständlich unterstreicht.

In der Sache des Streiks selbst ist noch mitzuteilen, daß die Bergarbeiterföderation gestern beschlossen hat, den Arbeitsminister in der Kammer zu intervenieren. Die kleinen Kaufleute des Streikgebietes machen gemeinsame Sache mit den Streikenden. Sie beschließen nach einer Protestmanifestation, an der sich tausend Leute beteiligten, den Streikenden weiter zu kreditieren. — Trotz der Erbitterung und Ungeduld der Streikenden herrscht vollkommene Ruhe. — Die Verluste der Industrie wachsen mit jedem Tag. Die Kohlen- und Eisenindustrie erleiden an Material, und das Wiederanziehen jedes einzelnen Ovens kostet 6 bis 700 Franc. Man läßt — für teures Geld — aus Belgien und Nordfrankreich Kohlen kommen, die sich aber nicht für die Deisen des Vorinages eignen. Den Unternehmern macht dies und anderes keine Sorgen, wenn nur ihr Standpunkt triumphiert, mag selbst die Industrie daran leiden.

Die organisierten Bergarbeiter beheben durchschnittlich 15 Fr. wöchentlich.

Die Maschinen und Geizer der Kohlenzechen von Schwales

haben mit einer Mehrheit von fast zwölf zu eins den Ausstand beschlossen, um Lohnreduzierungen durchzusetzen, die die Zechenbesitzer abgelehnt haben. Die Mündigung soll am 1. Februar auf den 1. März erfolgen. Das würde einen Stillstand aller Kohlengruben von Schwales bedeuten auch wenn der Streik der Bergarbeiter vermieden wird. Der Ernst der Lage wächst dadurch, daß, wenn die Maschinen nicht im Gange bleiben, ein Teil der Gruben unter Wasser gesetzt wird.

Eine „wilde“ Regierung

ist offenbar die von Argentinien, weil sie den scharfmascherischen Gebläsen der privatkapitalistischen Eisenbahnleitungen nicht nach Willkür und Gefallen entgegenkommt. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, hat der Ministerrat beschlossen, den Eisenbahngesellschaften zu beschließen, daß sie binnen vier Tagen für die Wiederherstellung eines normalen Verkehrs der Personen- und Güterzüge sorgen sollten und daß bis zum 15. Februar der Eisenbahndienst in dem gesamten Umfange wieder aufgenommen sei. — Im „zivilisierten“ Europa pflegen die Regierungen entgegenkommender zu sein. Da erubiert man die Unternehmer in Streitfällen einfach von ihren Verpflichtungen und läßt ohne Skrupel auch im Verleumdungen ungeheuer Streikbrecher auf die Menschheit los!

Das Geheimnis von Dabendorf.

Zu der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts am Landgericht II sind zahlreiche Zeugen vorgeführt. Als erster wird Assessor Widder bennommen, der seinerzeit, als der Verdacht gegen die beiden Angeklagten laut wurde, die ersten Feststellungen amtlich am Ort und Stelle vorgenommen hat. Er berichtet über die einzelnen Verdachtsmomente und die Beobachtungen, die die Spurensuche haben mußten, daß die am Tage der Tat gehörten Schüsse nicht im Innern des Behmschen Hauses gefallen wären, sondern von außen in das Innere. Die Öhrzeugen seien der Ansicht gewesen, daß es sich um Blinten- und nicht um Revolvergeschosse gehandelt habe.

Zeuge Glasermeister Rane: Am 8. Oktober 1909, also am Morgen nach der Tat, brachte der Angeklagte Kolbe einen Fensterflügel zur Reparatur. Es fiel sehr auf, daß aus dem ganz gesunden Holz ein Stück herausgefallen war. (Die Anklage nimmt an, daß in diesem Stück Schrotlöcher gefressen haben, die schärfste Befestigung werden mußten.) Als der Zeuge dem Kolbe seine Verwunderung über diese ganz unerklärliche Herausnahme des Holzstückes ausdrückte, machte dieser nur eine Geste, als wollte er sagen: „Ja, was macht man nicht für Dumtheiten.“ Dem Zeugen fiel es ferner auf, daß Kolbe sehr viel Geld in seinem Borsimonnaie hatte, als er am nächsten Tage die Reparatur bezahlte.

Der frühere Gendarmen-Wachmeister Schumann aus Dabendorf, der plötzlich sein Augenlicht verloren hat, hat seinerzeit, als Behm verschwand und nicht wiederkam, der Frau Behm seine Ueberzeugung ausgedrückt, daß Nord vorliege. Frau Behm sei ganz rot und verlegen geworden und habe gesagt: „Das wäre ja schrecklich! Na, ich werde ja wohl Not nicht zu leiden haben, denn ich kann mich als Schriftstellerin ernähren.“ Der Zeuge ist der festen Ueberzeugung, daß bei der vermeintlichen Tat ein Schuß von außen durch das Fenster gegangen und durch diesen der beim Arbeiten im Zimmer stehende Behm erschossen worden sei. Die abgebrochenen Zweige des vor dem Fenster stehenden Ebereschenstrauchs hätten auch den Standort des vermeintlichen Täters angedeutet. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt hält dem Zeugen vor, daß er seinerzeit seine Ermittlungen zu dem Resümee zugespitzt habe: Der Verdacht, daß die beiden Angeklagten den Behm ermordet haben könnten, sei hinfällig, dagegen sei es wahrscheinlich, daß Behm nach einem Nordverzug auf seine Frau flüchtig geworden sei. — Der Zeuge gibt zu, zunächst diese Ueberzeugung auf Grund der ihm glaubwürdig erschienenen Angaben der Frau Behm gehabt zu haben. Auf Grund der weiteren Ermittlungen sei er aber anderer Ueberzeugung geworden.

Bahnsteigkassner Dienand, der nicht weit von dem Behmschen Hause in Dabendorf wohnt, hat am Abend der vermeintlichen Tat zwei Schüsse gehört. Er hat wahrgenommen, wie nach dem ersten Schuß eine Gestalt aus dem Hause forttrante, die er aber nicht erkannt hat. Der Zeuge soll nach der Behauptung der Frau Behm nicht gut auf sie zu sprechen sein. Er bekundet u. a.: Er habe gleich die Vermutung gehabt, daß „etwas passiert“ sei und vielleicht ein Mordtat vorlag. Der Zeuge hat seinerzeit auch die von dem Behmschen Grundstück nach dem See flühende Wagenspur gesehen und verfolgt; er will gesehen haben, daß diese Spur offenbar absichtlich

teilweise durch Fußtritte und Verscharren mit dem Fuß verwischt

worden sei. Zeuge Dienand bekundet weiter, daß er Kolbe bei verschiedenen Gelegenheiten über die Vorgänge vom 7. Oktober ausgefragt und ihm geraten habe, die Wahrheit zu sagen. Solche Unterhaltung habe u. a. am 8. Januar 1910 stattgefunden. Dabei habe Kolbe auf Vorhalt gesagt: „Erschossen ist er ja worden, ich war es aber nicht, sondern es ist ein Hauptmann gewesen.“ Der Zeuge will dann Kolbe weiter vorgehalten haben, daß die Sache doch nicht so einfach gewesen sein könne, denn der Transport müßte doch schwer gewesen sein. Die Antwort hierauf sei gewesen: „Er ist zuerst getragen worden, dann erst hat man ihn auf den Wagen geladen.“ — Vorz.: Wollte Kolbe Ihnen vielleicht einen Bären aufbinden? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vorz.: Warum sind Sie denn nicht hinübergegangen, wie Sie die Schüsse hörten? — Zeuge: Ich wollte als Beamter mich in nichts hineinmischen. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Und dabei haben Sie ausgesagt, daß Sie gleich an Nord gedacht hätten und Sie haben sich auch später an den Ermittlungen und Nachforschungen beteiligt! — Zeuge: Kolbe sagte u. a. zu mir, als ich sagte, ich hätte eigentlich hinüberkommen sollen: Es ist besser, daß Sie es nicht getan haben, denn ich hätte noch zwei Schüsse drin! Bei einer Unterredung mit Kolbe am Himmelfahrtstage 1910 habe dieser wieder gesagt: Behm sei erschossen worden. Als er in die Küche gekommen, habe es nach Menschenblut gerochen und die Frau habe in Papieren gefraut.

Einige Zeugen stimmen in der Ansicht überein, daß die gehörten Schüsse Blinten- und nicht Revolvergeschosse gewesen sein müssen. Zu einem Zeugen hat Kolbe gesagt: es seien sicher Revolvergeschosse gewesen, denn Behm habe einen schönen Revolver besessen.

Der Sachverständige Hofbäckermacher Baralla: Die von ihm an Ort und Stelle vorgenommenen Versuche bezogen sich darauf, festzustellen, ob ein Unterschied zu bemerken sei zwischen dem Knall eines bei geschlossener Tür abgegebenen Revolvergeschusses und eines vor dem Hause abgegebenen Blinten- und nicht Revolvergeschusses, diesen Unterschied festzustellen. Nach dem Gutachten ist es ferner möglich, daß bei der nahen Entfernung, die in Frage kommen konnte, ein

voller Schrotflügel noch wie ein Kugelflug wirkt

und einen Menschen sofort tötet. Der Sachverständige erörtert auf wiederholte Anregungen von der Geschworenensbank nach verschiedene schießtechnische Möglichkeiten, die in Frage kommen können, wenn man zu dem Schluß kommen soll, daß von außen ein Schuß auf den im Zimmer stehenden Behm abgegeben sein soll.

Aus weiteren Zeugenvernehmungen ist hervorzuhelien, daß ein Bewohner in Dabendorf, der leicht anschlappende Hunde hat, bekennt, daß seine Hunde in der frühlichen Nacht nicht angeklagen haben. Das wäre aber wohl der Fall gewesen, wenn in jener Nacht ein Handwagen mit einer Leiche vor dem Schößt vorbeigefahren wäre.

Auch zwei Zeugen werden vernommen, die den Dabendorfer See mit Stangen nach dem Verschollenen abgesehen haben. Sie haben aber nur ein Paar alte Stöde aufgefischt. Der eine dieser Männer ist ein Brunnenmacher, der andere ein Maler. Letzterer erklärt, daß der See sehr morastig und Nachforschungen aus diesem Grunde sehr schwierig seien.

Mehrere Zeugen werden darüber befragt, ob ihnen aufgefallen sei, daß zwischen Frau Behm und dem Kolbe ein vertrautes Verhältnis obwalte. Die Zeugen können darüber nichts bekunden. Ein Zeuge erklärt auf Befragen, daß er dem Kolbe eine Mordtat nicht zutraue. Ein anderer Zeuge weiß wieder über einige verdächtige Aeußerungen des Kolbe zu berichten. Bei einem Gespräch über das Verschwinden des Behm soll Kolbe gesagt haben: „Erschossen habe ich ihn; wenn Du mir 200 M. gibst, will ich Dir sagen, wo er liegt.“ Auf die weitere Aufforderung, doch näheres zu sagen, dann würde er

die Hälfte der Belohnung abbekommen,

habe Kolbe geantwortet: „Da wäre ich so schön dumm, ich weiß genau, daß ich dann meinen Kopf verlieren würde.“ — Angekl. Kolbe: Ich glaube nicht, daß ich so etwas gesagt habe; wenn es aber der Fall sein sollte, so kann ich nur meine Woffen über die Sache und die an mich gerichteten Fragen gemacht haben.

Vauunternehmer Rahn aus Dabendorf bekundet: Kolbe habe ihm an einem Tage zweimal ein Verhödnis abgelegt. Auf dem Rückhausewege aus einer Aneipe habe er zu ihm gesagt: Ganz im Vertrauen kann ich Dir ja sagen, daß ich ihn verbrannt habe. — Vorz.: Wor der Angeklagte dabei vielleicht angetrunken? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. — Vorz.: Wie wollen Sie sich denn aber erklären, daß Kolbe sich selbst so belagerte? — Zeuge: Er war mir gegenüber immer sehr zutraulich. Er hat mir auch gesagt: Es wäre besser für ihn gewesen, wenn er in seiner alten Leide geblieben wäre, dann würde er dies nicht auf dem Kerbholz haben. Auf die weitere Frage, wie er denn zu der Tat gekommen, hat Kolbe geantwortet: Ich konnte es nicht mehr mit ansehen, wie er seine Frau behandelte. — Angekl. Kolbe: Ich weiß, daß ich einmal spät abends mit dem Zeugen nach Hause ging und er mich auf Neue anstrafte. Da habe ich ihm gesagt: Nun werde ich der Sache bald überbrüssig mit Eurer ewigen Fragerei! Jeder dusselige Kerl quasselt mich jetzt an. Daß Du das aber auch tußt, habe ich nicht geglaubt. Na, Dir kann ich's ja sagen; Was ist da viel Wial zu machen: die Blinte am Kopf, und da lag er. Da habe ich ihn dann verbrannt und die Asche in den Wind gestreut. Den kann keiner mehr finden! — Zeuge: Der Angeklagte hat bei seiner Erzählung auch Tränen in den Augen gehabt. — Angekl.: Ach Unfunt! Ich habe keine Tränen in den Augen!

Es folgt dann eine lange Reihe von Zeugen, die über alle möglichen Kleinigkeiten ausfragen, die nur lose mit der zur Verhandlung stehenden Straftat im Zusammenhang stehen. Ein Zeuge Henschel bezeugt dem Angeklagten Kolbe, daß er zu der Zeit, wo am 7. Oktober die Schüsse gehört worden sind, mit ihm zusammen auf der Regelbahn war.

Mehrere Zeugen, bei denen der Angeklagte Kolbe gearbeitet, beziehungsweise in deren Schanklokale er verkehrt hat, geben diesem über einstimmend ein gutes Zeugnis ab. Die einen bekunden, daß er ein sehr fleißiger Arbeiter gewesen sei, der seine Pflicht immer erfüllt habe. Die anderen bestätigen ihm, daß er in den Schanklokalen sich immer ruhig betragen, nie Krakeel gehabt habe und allgemein beliebt gewesen sei. Diese Zeugen bekunden übereinstimmend, daß Kolbe ein zu Wigen und Spähen neigender Mensch sei, der gern anderen einen Bären aufbindet. Er hat sich einem Zeugen gegenüber direkt dahin geäußert, daß er all den Leuten, die ihn wegen des Verschwindens von Behm befragen, „den Bindel voll Ägen“ müsse, da er sie sonst nicht los werde. Er hat sich schließlich selbst bezüglich dieser ganzen Affäre geäußert. So trug er eines Abends bei einem Radball, auf welchem er als „Wildschuß“ erschien, auf dem Rücken ein Schild mit den Worten: „Ich juche Behm!“ (Heiterkeit.)

Nachdem sämtliche vorgeladenen Zeugen vernommen waren, entließ diese der Vorstehende endgültig und ordnete die Fortsetzung der Verhandlung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr an.

Soziales.

Das Vermögen der staatlichen Versicherungsanstalten.

Die Träger der sozialen Versicherung sind gesetzlich gehalten Reservefonds für unvorhergesehene Ereignisse anzuhäufeln. Trotz des langjährigen Bestehens der Versicherung sind auch bis heute viele Versicherungsorgane noch nicht in die Lage gekommen die Rücklagen auf die gesetzliche Höhe zu bringen. Immerhin nehmen die Vermögen der Versicherungsanstalten von Jahr zu Jahr erheblich zu. Nachdem nunmehr die Ergebnisse der Krankenversicherung für das Jahr 1910 veröffentlicht sind, ist es möglich, einen Ueberschlag über die Höhe der Vermögen aller staatlichen Versicherungsorgane für den Schluß des Jahres 1910 zu machen.

Die Invalidenversicherungsanstalten besaßen zu dem genannten Zeitpunkt nach dem Geschäftsbericht, den das Reichsversicherungsamt zu Anfang 1911 an den Reichstag erstattet hat, ein Vermögen von 1660 Millionen Mark. Das Vermögen der Krankenkassen belief sich auf 206,4 Millionen Mark, wovon 141 Millionen Mark allein auf die Dreikrankenkassen entfallen.

Ueber die Reservefonds der Berufsgenossenschaften liegen für Ende 1910 die Angaben noch nicht vor. Da aber der Aufschlag nach gesetzlicher Bestimmung in Höhe von 7 Proz. der Ende 1909 vorhandenen Beiträge erfolgen mußte und diese bekannt sind, so ist als sicher anzunehmen, daß die Reservefonds der Berufsgenossenschaften sich Ende 1910 auf mindestens 310 Millionen Mark belaufen haben. Danach hat das Vermögen sämtlicher staatlicher Versicherungsorgane Ende 1910 den Betrag von mindestens 2266,4 Millionen Mark erreicht.

Die ärztliche Behandlung von Strafgefangenen.

Eine interessante Frage war dem Reichsgericht infolge einer Klage des Kaisers E. gegen den Bremischen Senat vorgelegt worden. Der Kläger hat sich beim Verfügen einer Justizhausstrafe in D. eine schwere Erkrankung (Lupus) angezogen. Im Sommer 1908 war er in dem Justizhause an einem Obrenleiden erkrankt. Der Anstaltsarzt hatte das Ausprägen des Ohrs angeordnet. Das wurde von dem Aufseher M. mit kaltem Wasser besorgt. Durch den beim Ausprägen betätigten starken Druck trat das Trommelfell, so daß bei dem Kläger auf dem einen Ohre Taubheit eintrat und sich auch ein Abzug am Hals bildete. Nach der Behauptung des Klägers ist wegen der Verwendung von schlechtem und unzureichendem Verbandmaterial aus dem Gehör das Supusleiden entstanden. Für die erlittenen Schäden und ihre Folgen hat er gegen den Bremischen Senat Klage auf Schadloshaltung erhoben und diese Klage auf die §§ 31, 831 und 828 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestützt.

Landgericht Bremen und Oberlandesgericht Hamburg haben den Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Zur Begründung führen die Vorberichteten aus, daß die Strafvollstreckung auf öffentlichem Rechte beruhe und daß die Behandlung von Strafgefangenen im Anschluß an die Strafvollstreckung erfolge und deshalb denselben gesetzlichen Vorschriften unterworfen sei. Der in einer Strafanstalt internierte Strafgefangene kann sich deshalb nicht auf eine Haftung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch berufen. Infolgedessen ist es ohne Belang, ob der Anstaltsarzt ein verfassungsmäßig berufener Vertreter des Bremischen Staates war und ob der Aufseher sachfällig verfahren sei; denn nach landesgesetzlichen Bestimmungen hat der Anstaltsarzt für sachlässiges Verhalten seiner Beamten nicht einzustehen. Daraus ist zu entnehmen, daß der Kaiser bei der Behandlung von Strafgefangenen keine Vertragspflicht einget, wie sie etwa eine Krankenbesuchsanstalt übernimmt, die für die ärztlichen Anstaltsärzte einzustehen hat. Der Kaiser ist nur verpflichtet, den Strafgefangenen ärztliche Hilfe zur Verfügung zu stellen.

Das Reichsgericht hat dieses eigenartige Urteil bestätigt und die Revision des Klägers zurückgewiesen.

Volkbildung und Landeskultur.

Daß die den Agrariern so unangenehme Volkbildung der wichtigste Faktor der Landeskultur ist, beweist eine in der „Sozialen Kultur“ veröffentlichte Statistik aus D. e. r. e. i. c. h.

Danach betrug die Zahl der Analphabeten in Mähren 5,1 Proz., in Galizien 5,6 Proz., in der Bukowina 6,4 Proz. Der landwirtschaftliche Bodenertrag pro Kopf war in Mähren 40,41 Kr., in Galizien 8,20 Kr., in der Bukowina 7,90 Kr. Es entfiel eine Landwirtschaftsschule in Mähren auf 800, in Galizien auf 10 500, in der Bukowina auf 8 700 in der Landwirtschaft tätige Personen.

Der Reinertrag des Hektars Ackerböden war in Mähren 63,8 Kr., in Galizien 20,7 Kr., in der Bukowina 15,77 Kr. und der Reinertrag pro Hektar Gartenland war in Mähren 40,92 Kr., in Galizien 16,62 Kr., in der Bukowina 19,84 Kr. Volkbildung ist also bares Geld für die Landwirtschaft und die Großgrundbesitzer schädigen das Volk auch direkt durch ihre Schulfeindlichkeit.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Kohlenversorgung im Jahre 1911.

Das rheinisch-westfälische Kohlenmineral hat die Erhöhung der Richtpreise um 25 Fr. bis 1 M. pro Tonne u. a. damit begründet, daß die in den Herbstmonaten eingetretene Verringerung der Lage des Kohlenmarktes im Dezember ungewöhnlich angehalten und weitere Fortschritte gemacht hat. Die Nachfrage war gegen Ende des Jahres so stark, daß trotz Inanspruchnahme der Lagerbestände Mängel in den Lieferungen nicht zu vermeiden waren. Diese Erscheinung hängt natürlich mit dem lebhaften Geschäftsgang in der Eisen- und Stahlindustrie sowie in den weiterverarbeitenden Gewerben zusammen. Der Bedarf an Hausbrandholz war bis gegen

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Worfißt!
Alle Witzkoffen sind oft
synonymisch. Grosse Komik.
Grossen Witzkoffen
ist aber aus Witz faszinierend

Ihr Gofort moult' s!

Achtung!
Sumatra-Deckblatt
hell u. schneeweiß brennend,
weite Länge Vollblatt per
Pfund 3,60 M.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstraße 25.
272/28*

Inventurverkauf

vom 13. bis 27. Januar.

Nach beendeter Inventur habe einen Posten

Reste

welche sich zu Kostümen und Kostümröcken
eignen, im Preise

bedeutend ermäßigt.

Ebenso gebe ich meine
Restbestände in fertiger Konfektion
zu und unter Selbstkostenpreis ab.

C. Pelz,
Kottbuser Straße 5.

Gelegenheitskauf! Schwere

Schlafdecken

St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.

Pferdedecken!

St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.

fries für dicke
Portieren
alle Farben

Meter 1,75, 2,50 bis 4,50.
Abgsp. Friesmütel 2,25-8 M.
Versand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.

Pracht-Säle Alt-Berlin

Blumenstraße 10 Neben dem Residenz-Theater
sind die besten

Versammlungssäle des Ostens.

Im neugebauten Theater-Saal täglich: 6211.*
Konzert, Theater und Spezialitäten.

Peek & Cloppenburg

Gertraudensstraße 25, 26, 27



**Tadellos
passende
Beinkleider**

Fünf außerordentlich preiswerte Serien

Mark **8** **9½** **11** **12½** **15**

Betrifft Preiserhöhung für Selterwasser und Brauselimonaden, sowie die Begründung dafür.

Im Laufe der letzten Jahre sind die gesamten Unkosten für die Herstellung und den Vertrieb des Selterwassers und der Brauselimonaden ganz bedeutend in die Höhe gegangen, die Arbeitslöhne haben infolge der herrschenden Teuerung nicht ganz unberechtigte Erhöhungen erfahren, die Preise für Pferdefutter, Schmiede-, Stellmacher- und Sattlerarbeiten, Drucksachen usw. sind bedeutend gestiegen, die Flaschenpreise in wohl noch höherem Maße. Insbesondere sind die Herstellungskosten der Limonaden infolge der bedeutend höheren Zuckerpriese, wie durch die verteuerten Fruchtessenzen, erheblich größer geworden.

Aus diesen Gründen sehen sich die Mineralwasserfabrikanten von Berlin und Umgebung gezwungen,

vom 1. Februar 1912 ab eine geringe Preiserhöhung

für ihre Erzeugnisse eintreten zu lassen.

Wir versichern ausdrücklich, daß wir zu einer geringen Preiserhöhung nur durch die obwaltenden Verhältnisse gezwungen worden sind, da jeder reelle Mineralwasserfabrikant absolut nicht in der Lage ist, zu den bisherigen Preisen weiter zu liefern, wenn er seinen Verpflichtungen gerecht werden will.

Von der eigentlich schon im letzten Sommer notwendigen Preiserhöhung ist f. B. abgesehen worden, damit nicht etwa der Anschein erweckt werden konnte, daß die Hauptverkaufszeit zu einer Preiserhöhung ausgenutzt wurde.

Hochachtungsvoll

Berliner Verband der Mineralwasserfabrikanten & V.

Verein der Mineralwasserfabrikanten für Berlin und Umgebung.

Schnurverband Berliner Mineralwasserfabrikanten.

Verein der Selterwasserfabrikanten von Berlin und Umgegend.

Zur Landtags-Erhaltwahl im 2. Berliner Landtagswahlbezirk.

Im 2. Berliner Landtagswahlbezirk muß an Stelle des verstorbenen Fabrikbesizers Gerschel eine Ersatzwahl stattfinden. Die Wahlmänner müssen sämtlich neu gewählt werden. Zu wählen sind 541 Wahlmänner. Es werden neue Urwählerlisten aufgestellt und darin bei jedem einzelnen Namen der Steuerbetrag angegeben, den der Urwähler zu entrichten hat. (§ 3 des Reglements.)

Diese Urwählerlisten werden nach Vorschrift des § 4 des Reglements drei Tage lang, am Sonntag, den 28. Januar d. J., von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr, am Montag, den 29. Januar, und am Dienstag, den 30. Januar d. J., von mittags 12 bis abends 8 Uhr zur Einsicht öffentlich ausliegen und zwar:

- I. in der Turnhalle der 51./130. Gemeindefschule, Niederwallstraße 6/7, für die Urwahlbezirke 12-41 (Stadtbezirk 6 bis 20);
II. in der Turnhalle der 27./44. Gemeindefschule, Wilhelmstraße 117, für die Urwahlbezirke 42-68 (Stadtbezirk 21 bis 30) und 139-149 (Stadtbezirk 50-53);
III. in der Turnhalle der 108./116. Gemeindefschule Hagelberger Straße 34, für die Urwahlbezirke 150-156 (Stadtbezirk 54 u. 55), 164-174 (Stadtbezirk 57-60) und 181-198 (Stadtbezirk 62-65).

Innerhalb der genannten drei Tage steht es jedem frei, sowohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Listen als auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeträge (§§ 3 u. 4 Regl.) seine Einwendungen im Wahlbureau, Poststr. 16 II, schriftlich oder in vorstehend aufgeführten Ausgestellen bei den dort anwesenden Beamten zu Protokoll anzubringen.

Einprüche, welche vor Beginn oder nach Schluß der Auslegung der Listen eingegangen sind oder eingehen werden, finden keine Berücksichtigung.

Die Legitimation kann durch Vorlegung der Steuerquittung für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1911, der polizeilich bescheinigten Anmeldung für die Wohnung, unter welcher die Eintragung erfolgen soll, oder auf sonst glaubhafte Weise geführt werden.

Die Urwähler haben in denjenigen Bezirken zu wählen, in welchen sie zur Zeit der Aufstellung der Urwählerlisten gewohnt haben.

Aus welchen Stadtbezirken der Landtagswahlkreis besteht, geht aus den hinter den Ausgestellten vermerkten Bezirken hervor, die teils im ersten, teils im zweiten Reichstagswahlkreise liegen.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlin und der Provinz Brandenburg!

Witte Februar erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 4. Februar, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, O. 19, Mohrstraße 31.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, S. 50, Urbinstraße 67.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 26, IV.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Franz Webersdorf, NO 18, Eibinger Straße 9.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Fahmisch, O. 54, Auguststraße 51, Luergeb. IV.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Wilhelm Dams, N. 4, Schlegelstraße 9.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Klimenthalstraße 24.
Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Noth, Rixdorf, Weilerstraße 33, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Emil Schubert, Spandau, Kurstraße 21.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten. Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallistenverordnungen der Lokalliste so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgenommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 4. Februar einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einwendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzögerungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Albert Fahmisch, C. 54, Auguststraße 51.

Potsdam-Spandau-Osthavelland. Am heutigen Stichtagswahltag benötigen wir noch der Wahlhilfe der Berliner Genossen. Wir bitten deshalb, daß sich die Genossen, welche sich zur Mitarbeit im „Hohenzollernwahlkreis“ zur Verfügung stellen wollen, heute vor früh 7 Uhr ab bei Schubert, Spandau, Kurstraße 21, melden.

Der Kreisvorstand.

Charlottenburg. Freitag abends 7 Uhr findet für die 8. und 6. Gruppe eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Kein Genosse darf fehlen!

Schwargendorf. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 27. d. M., von abends 8 Uhr der Arbeiter-Radfahrerverein Schwargendorf im Schützenhause sein dies-jähriges Wintervergnügen abhält. Der Vorstand des Radvereins.

Hohen-Schönhausen. Am Donnerstag, den 25. Januar: Mitgliederversammlung bei Rehber, Berliner Str. 93. Tagesordnung: Vierteljahresbericht, die bevorstehende Gemeindefwahl, Vergleichendes, Verknüpfung von Stichtagsverhältnissen.

Spandau. Die Verknüpfung des Stichtagsverhältnisses findet heute abend in der Brauerei Pichelsdorf statt.

Berliner Nachrichten.

Ueber eine Million Krankenkassenmitglieder in Groß-Berlin.

Im Oktober 1911 überstieg die Zahl der in den Krankenkassen Berlins und der Vororte Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf, Stralau, Rummelsburg, Weißensee, Lichterberg, Tempelhof, Treptow, Pantow und Reinickendorf versicherten Mitglieder zum ersten Male die Million. Es wurden in diesem Monat 1 011 681 Mitglieder der Krankenkassen gezählt. Bis zum Schluß des Jahres ging diese Zahl infolge der schlechten Jahreszeit zwar noch etwas zurück, hielt sich aber mit 1 008 014 im Dezember immer noch über der Millionen-grenze. Unter diesen Mitgliedern waren 601 493 männlichen und 401 521 weiblichen Geschlechts. Fast genau zwei Drittel so viel Frauen wie Männer kämpften also heute schon in der Großstadt den schweren Kampf ums Brot. Für immer vorbei sind jene idyllischen Zeiten, in denen man sagen konnte, daß die Welt der Frau ihr Heim sei. Zugleich zeigen diese Zahlen aber auch, wie unzeitgemäß es ist, heute noch die Frauen von den politischen Rechten und Pflichten auszuschließen, nachdem auf ihrer Arbeit fast so gut wie auf der der Männer der Bau unserer ganzen Kultur ruht.

927 451 der Versicherten, darunter 578 471 männliche und 348 980 weibliche waren Pflichtmitglieder; 75 563, darunter 23 022 männliche und 52 541 weibliche waren freiwillig versichert. Ende des Jahres 1909 betrug die Zahl der Krankenkassenmitglieder Groß-Berlins 975 775, darunter 590 162 männliche und 385 613 weibliche. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich also um 11 331, die der weiblichen dagegen um 75 008 vermehrt, eine Bewegung, die deutlich die Tendenz auf Zunahme der Frauennarbeit erkennen läßt.

Gerade gewachsene Kinder

aufzuziehen, ist eines der Ziele der Orthopädie. Nimmt man das Wort in einem engeren Sinne, so bedeutet es die Heilbehandlung schon verkrüppelter Kinder. Im weiteren Sinne möchten wir darunter alle Erziehungsmaßregeln verstehen, die darauf gerichtet sind, bei dem wachsenden Kinde den naturwidrigen Unregelmäßigkeiten des Wachses, den etwa sich anbahnenden Verkrümmungen und Verkrüppelungen rechtzeitig entgegenzutreten. Auf diesem Gebiet überließ man früher der Familie allein die vorzubehaltende Fürsorge, die dann auch meist danach war. Heute beteiligt daran sich die Schule, und ihre Mitarbeit ist es, die manche Aufklärung in die Familie hineinträgt.

Erst seit die Gemeindefschulen Schulärzte haben, wissen wir Sicheres darüber, wie zahlreich unter den Kindern z. B. die Verkrümmungen der Wirbelsäule sind. In Berlin waren im Schuljahr 1910/11 unter den eingeschulenden Sechsjährigen, die von den Schulärzten untersucht wurden, 830 Kinder mit erheblicheren Wirbelsäuleverkrümmungen, 326 Knaben und 504 Mädchen. 86 Kinder davon, 39 Knaben und 47 Mädchen, wurden aus diesem Grunde zunächst noch von der Einschulung zurückgewiesen; die anderen 744 Kinder, 287 Knaben und 457 Mädchen, wurden eingeschult, aber von den Schulärzten in besondere Überwachung genommen. Wegen Wirbelsäuleverkrümmung fanden denn in 1910/11 von den Gemeindefschülern Berlins überhaupt 3681 in schulärztlicher Überwachung, 1270 Knaben und 2402 Mädchen. Eine eigentliche Behandlung der Kranken Kinder gehört in Berlin nicht zu den Pflichten der Schulärzte, sie können aber durch ihren Rat die Eltern veranlassen, rechtzeitig einen Privatarzt aufzusuchen oder die Kinder einer zweckentsprechenden Anstalt (Poliklinik usw.) zuzuführen. Versündigte Eltern werden solche Ratschläge gern befolgen. Bezüglich der Wirbelsäuleverkrümmung ergeben denn auch die Berichte der Schulärzte Berlins, daß sie nach den oberen Schulklassen hin etwas weniger häufig ist. Im Schuljahr 1910/11 fanden wegen Wirbelsäuleverkrümmung in Ledererziehung: 15 von je 1000 Knaben der achten Klassen, aber nur 10 von je 1000 Knaben erster Klassen; 24 von je 1000 Mädchen achter Klassen, aber nur 17 von je 1000 Mädchen erster Klassen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Schule in ihrer Mitarbeit an der Orthopädie sehr viel weiter gehen muß. Mit Erfolg tut sie das z. B. in Charlottenburg, wo seit einigen Jahren verhältnismäßig ein orthopädisches Schulturnen eingeführt ist. Ueber diesen Versuch berichtete in der letzten Sitzung des Berliner „Vereins für Schulgesundheitspflege“ der Charlottenburger Schularzt Dr. Ländler, der für das orthopädische Schulturnen in Charlottenburg den „Lehrplan“ aufgestellt hat und die Durchführung überwacht. Der Vortragende bedauert, daß das Verständnis für Zweck und Ziele der modernen Orthopädie noch sehr wenig in das Volk gedrungen sei. Selbst in Familien, wo bei jeder anderen Erkrankung, sogar schon bei einer geringen Erkältung, ein Arzt um Beistand ersucht werde, lasse man sich sehr lange Zeit, ehe man für ein Kind wegen schlechter Körperhaltung einen Arzt befrage. Der lehrreiche Vortrag, der durch Lichtbilder in sehr anschaulicher Weise unterstützt wurde, zeigte in seinem ersten Teil, welche schlimmen Verkrümmungen und Verkrüppelungen aus dem, was zunächst nur „schlechte Haltung“ zu sein schien, sich entwickeln können. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß „so etwas sich verwächst“. Nur zu bald „wächst es sich aus“ zu einem Lebel, dessen Heilung dann überaus schwer, wenn nicht unmöglich ist. Ueber die unter den Kindern so weit verbreitete Skoliose, die seitliche Wirbelsäuleverkrümmung, sagte Dr. Ländler, daß sie von einer anspruchsvollen, ihre Kinder ständig beobachtenden Mutter sehr wohl rechtzeitig erkannt werden könne. Er gebrauchte das scheinbar widersinnige Wort, man müsse „die Skoliose behandeln, wenn sie noch gar nicht da ist“. Das orthopädische Schulturnen, das im zweiten Teil des Vortrages geschildert wurde, kann natürlich nur bei leichteren Verkrümmungen helfen. In Charlottenburg werden besonders die „Rückenschwächlinge“ hierzu ausgenutzt, während man in schwereren Fällen die Kinder einem orthopädischen Institut zuweist. Auch eine richtige Skoliose kann nicht durch bloßes Turnen beseitigt werden, sondern erfordert ärztliche Behandlung. Das orthopädische Schulturnen beschränkt sich in Charlottenburg auf wöchentlich zwei Stunden und gibt den Kindern hauptsächlich Gelegenheit, zweckmäßige Kreibewegungen zu machen, unter anderem auch Übungen im Liegen, das in neuester Zeit als den „Rückenschwächlingen“ sehr dienlich angesehen wird.

Der Mangel an Verständnis für die Gefahren naturwidriger Unregelmäßigkeiten des Wachses erklärt es, daß so viele Verkrümmungen, wie schon gesagt, zu spät vor den Arzt kommen.

Mangel an Verständnis ist auch wohl der Hauptgrund dafür, daß in Charlottenburg eine recht beträchtliche Zahl Eltern, wie der Vortragende mit Bedauern hervorhob, ihre dem orthopädischen Schulturnen zugewiesenen Kinder nur zu halb wieder davon zurückhalten. Dieser kann nämlich die Beteiligung an diesen Turnen nicht zur Pflicht gemacht werden, weil sie noch nicht als ein Teil des vorgeschriebenen Lehrplans gelten. Im vorigen Jahre wurden in Charlottenburg 497 Kinder dem orthopädischen Schulturnen zugewiesen, aber nur 339 nahmen den Kursus bis zu Ende durch. Die Erfolge waren bei diesen Kindern nicht schlecht. Nur 1 Kind hatte eine Verschlimmerung, bei 80 Kindern blieb der Zustand unverändert, bei 128 besserte er sich merklich, bei 93 kam es zu einer wesentlichen Besserung, bei 37 wurde volle Heilung erreicht. Außerdem erhielten 310 Kinder mit vorgeschrittenem Leiden eine Behandlung im orthopädischen Institut. Davon wurden geheilt 18, gebessert 63, nicht gebessert 87, die übrigen blieben noch in Behandlung.

Es ist besonders der Nachwuchs der Kinderbeweglichen, der zu solchen Erkrankungen neigt. An den äußeren Umständen, durch die ihre Entstehung begünstigt wird, sind das Elternhaus und auch die Schule beteiligt. Die Schule bekennt sich mehr und mehr auf die Pflicht, die durch sie selber herbeigeführten Schäden abzuwehren. Möchte immer mehr auch in den Familien die Notwendigkeit erkannt werden, all solchen Erkrankungen rechtzeitig entgegenzutreten.

Straßenleben am Zirkus.

Gegenwärtig beherbergt Berlin drei große Zirkusse. Die Aufnahme beim Publikum lehrt, daß alle drei ohne Kassen-Erfolgschancen nebeneinander bestehen können, schon weil sie in ihren Darbietungen ganz wesentlich abweichen. Der eine ist gut angeordnet durch seine Reiterdressuren edelsten Stils, der andere durch Schaustücke mit blendenden Lichteffekten, Prachtkostümen, Massenballetts und Manegetricks, der dritte will mit modernem Schneid „fahrender Volk“ auf die Höhe der Leistungsfähigkeit heben und den Zirkus in seiner ursprünglichen Form wieder zu Ehren bringen. Den Reiz der Neuheit hat im Gegensatz zu den massiven Zirkusbauten im Berliner Zentrum auf alle Fälle jenes Straßenleben, wie es sich jetzt allseitig rings um den mächtigen Holz- und Zeltzirkus an der Schönhauser Allee abspielt. Der Ort mitten in einem der größten Berliner Arbeiterviertel ist geschickt gewählt. Das Volk fühlt sich ja von jeher hingezogen, wo es bewundern kann, wessen menschliche Kraft, Energie, Fähigkeit fähig ist. Es bewundert die Ausdauer, die an sich selbst die höchsten Anforderungen stellt und sogar Tiere mit Menschenkräften dem Willen der Menschen untertan macht. In einem großen modernen Zirkus, mag er auch nicht für die Ewigkeit gebaut sein und nicht mal eine - Hofloge aufweisen, muß alles nach der Uhr, wie am Schnürchen gehen. Man merkt es schon draußen, rings um die Zelt- und Wagenstadt, wie hier die Arbeit kaum eine Stunde ruht. Von früher Vormittagsstunden an findet sich Volk ein, das hier irgend etwas von dem reizumwobenen Nomadenleben der fahrenden Leute zu erhaschen, einen Blick hinter die Zirkuskulissen zu werfen hofft. Wie im Zoo ertönt ganz aus der Nähe das Brüllen der Löwen, das Trampeln der Elefanten. Wer zarte Nerven hat, bebt dann wohl zusammen und besorgt, daß eine der wilden Bestien, die in plötzlicher Freiheit aller Dressur spotten, aus der Leinwand hervorbrechen könne. Mächtige Bouquetwagen schleppen allerlei tierische Lederbissen herbei. Es ist unglaublich, was so eine vielköpfige, vierbeinige Zirkus-Gesellschaft allseitig im unerfülllichen Bauch verschwinden läßt. Und es geht ihnen genau wie den Menschen: die Arbeit schmeckt nicht, ehe der Wagen sein Teil hat. Das Interessanteste sind aber doch die exotischen Zirkusherrschaften, die ein- und ausgehen, wie Wunder-tiere angefaunt werden. Die Chinesen, Japaner, Tripolitaner, Türken haben sich schnell an das Berliner Straßenpflaster gewöhnt. Viele tragen in Zirkus-Zivil europäische Kleidung, zu der sich der unter dem modischen Hut aufgesteckte pechschwarze Pops selbst am ausnimmt. Oder sie zeigen über selbernen Untergerändern einen europäischen Leberzicker, was noch lomischer aussieht. Die meisten sprechen schon ziemlich gut deutsch. Sogar echt berlinische Brocken haben sie aufgefangen und sich überhaupt mit der gewerbetreibenden Nachbarschaft, wo sie ihre kleinen Einkäufe besorgen, schnell befreundet. Von dem elastischen Nachlaufen brünstiger WW-Weiber spürt man hier draußen nichts. Zwickendurch tummeln sich mit der ihnen eigenen Ruhe heimische Artisten. Auch zu kurz geratene Clowns, von der Natur wie geschaffen zur Manege, lassen sich gern blicken, unbekümmert um die faulen Witze, die es auf sie regnet. Und am Abend beim strahlenden elektrischen Licht, in den flitterüberladenen Prachtgewändern, sieht alles so ganz anders aus. Da merkt man erst so recht den großen Unterschied, der die Artistenwelt des Seins trennt von der Welt des Scheins.

Zu der Wirtschaft beim Verein „Dienst an Arbeitslosen“

wird und noch geschrieben, daß nach dem letzten Jahresbericht die Einnahmen aus freiwilligen Beiträgen sich um 2537 R. vermindert, aber trotzdem die Ausgaben sich ganz bedeutend vermehrt haben. Fortschrittsberichte werden in der Jahresrechnung vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 überhaupt keine Gehälter mehr aufgeführt, sondern nur „Ausgaben“ für Jugendhilfe, Haushalt, Schrippenkirche, Hauptverwaltung, Brodenanstellung und Schreitübungen nachgewiesen, insgesamt 51 425 R. Außerdem ist als Pension ein Betrag von 2400 R. in Ausgabe gestellt, wahrscheinlich für den früheren Direktor Liebig. Als Einnahme durch Hauptverwaltung und Brodenanstellung werden nur 14 812 R. aufgeführt, während der Verkauf der Broden, entsprechend den Zahlen der Vorjahre, ungefähr das Dreifache ergeben haben muß. Es liegt also abermals ein Rechnungsmißstand vor, das nicht aufkommen lassen soll, wie hier gewöhnlich wird. Im Jahresbericht heißt es wörtlich: „Die Not treibt uns weiter. Wir müssen an einen Neubau denken. Darum sind wir beim Blick auf unsere Kasse nicht zufrieden, so dankbar wir auch Gott und Menschen sind, daß wir unser täglich Brot gefast haben und noch einige Broden haben aufheben können.“ Allerdings - Gehaltsbezüge von 5000 und 4000 R. für die Vereinsmitglieder sind recht anständige „Broden“. Da lohnt sich schon das Aufheben.

Eine umfangreiche Ausschmückung des Friedrich-Denkmal

Unter den Linden ist aus Anlaß des 200-jährigen Geburtstages des „alten Fritzen“ veranlaßt worden. Die ganze große Ansel, auf der das Denkmal steht, wird von diesem reichen Schmuck in Anspruch genommen. Gegen die Ausschmückung an sich wird nicht viel einzuwenden sein, obwohl sie, wie das bei uns nun mal so Mode ist, zu einem patriotischen Spektakelstück ausartet, das dem gefeierten König, wenn er es mit ansehen könnte, ein verächtliches Rippensucken bereitet hätte.

Einem Vorübergehenden, der nach der Ursache der Ausschmückung fragte, wurde von einem Witzbold die Antwort: Hier wird der Schwarzblauweiß blöd begraben.

Zu dem Raubmord in der Alten Jakobstraße wird mitgeteilt, daß es nach mäßiger Durchsicht der Bücher und des Bestandes und an der Hand von Auskuffen auf Nachfragen bei Fabrikanten und Großhändlern gelungen ist, einigermaßen festzustellen, was bei Schulz an Schmuckstücken gerandt worden ist. Die Feststellungen waren umso schwieriger, als, wie sich jetzt ergab, Schulz nur wenig von Fabrikanten bezogen. Außerdem pflegte er das, was er aus den Fabriken bezog, selbst noch weiter zu bearbeiten. Insbesondere trafen durchweg die Fassungen von ihm her. Den größten

Theater und Vergnügungen

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Oberleutnant v. Wiese u. Kaiserswalden und Dr. H. Schoberts: Die zweite Zentral-Afrikanische Expedition Sr. Hoheit des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg.
Hörsaal Prof. Marouse, 8 Uhr: Wissenschaftl. Grundlagen d. Luftfahrt.

Bellealliance-Theater.
Heute und morgen 8 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.
Gastspiel Ferdinand Bonn.

Metropol-Theater.
Anfang 8 Uhr. Nahezu gestiftet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Carl Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz.

Apollo Theater.
ab 8 Uhr:
Letzte Tage!
Die grandiosen Spezialitäten.
0 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Harry Walden
in sein Herzdenkmal.

Bunte Bühne.
Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Theater Alt-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Passage-Theater.
Miriam Morwitz
in ihrem „Die Falle“
Dramolet
Mlle. Maroussia
The Motors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essauas.
Karawane sudanesischer Neut- und Feuer-Fakire in ihrem Originaldorfe.
Ohne Extra-Entree.

Herrnfeld Theater.
Noch nie dagewesener Lacherfolg.
Das Kind der Firma
mit Anou u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Elbe, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister Harry Paulsen sowie d. prächt. Eisballtanz Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.
Restaurant l. Range.

Freie Volksbühne

Lessing-Theater 8., 14., 21. April: Wenn der junge Wein blüht	Neues Schauspielhaus Björnson: Ueber unsere Kraft 2. Teil.
Thalia-Theater Greinz: Die Thurnbacherin	Residenz-Theater Emil Augier: Die arme Löwin.
Abendabteilungen Hebbel: Heiligenwald.	Herrsfeld-Theater Sven Lange Simson und Delila.

Ordner-Sitzung **Sonnabend, 27. Januar.**
im Gewerkschaftshause, Saal 3.
Das Erscheinen aller Ordner ist Pflicht.

Für die Nachmittags-Mitglieder sind in den Abendabteilungen an den Montagabenden im Neuen Schauspielhaus Karten a. Mk. 1.30 zu haben.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen. 242/3

„CLOU“
Berliner Konzerthaus,
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert
!!! Zitherbaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Volkshaus Charlottenburg
Sonntag, den 25. Januar 1912
Großes Bockbier-Fest
in den beiden unteren Sälen.
Damenskapelle Bauernkapelle

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute! Wiener Walzer-Abend Heute!
Anfang 8 Uhr. Johann Strauß aus Wien. Entree 50 Pf.
Morgen Freitag: Jaha! Elftag.
Das größte Bockbier-Fest. Auf der Alm.
Damen-Schönheitskonkurrenz.
6 Geldpreise. — Außerdem:
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

MOBEL MESSE
AUSSTELLUNGSHALLEN AM ZOO
BERLIN 1912 vom 20. 30. JANUAR
EINTRITT FREI GEÖFFNET V. 10. 8 UHR

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-111.
Heute Donnerstag, den 25. Januar 1912:
Bockbierfest in den bayer. Alpen
Prämierung der engsten Taille
der Damen von 120-140 Pfund, von 140-160 Pfund, von 160 Pfund und darüber.
Drei bare Geldpreise a 33 M.
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.

Arbeiter-Bildungsschule
Sonntag, den 28. Januar, in Kellers „Neuer Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97:
Wagner-Abend
zur Feier des
21. STIFTUNGS-FESTES.
Mitwirkende:
Berliner Volkschor (M. d. D. A. S. B.) (ca. 150 Sänger),
Chormeister: Herr Dr. Zander; Berliner Sinfonie-Orchester (45 Künstler), Musikstr.: Herr Maximilian Fischer; Fräul. Lucie Haenisch (Sopran); und Herr Kgl. Hofopernsänger Max Gieswein (Tenor). 6/4

Program.

I. Lohengrin.	II. Tannhäuser.
1. Vorspiel.	4. Ouvertüre.
2. Einleitung zum 3. Akt.	5. Einzug der Gäste auf der Wartburg.
3. Die Gralsersählung.	6. Gebet der Elisabeth.
	7. Tannhäusers Romfahrt.

Nach dem Konzert: **BALL.**
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
Billett im Vorverkauf 75 Pf., an der Kasse 1 M.
Billettverkaufsstellen: Gottfried Schulz, Am Kolonnen Tor; Horsch, Engelauer 15; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; Kaczorowski, Ravenstr. 6; Radtke, Neue Jakobstr. 1/3; Wehnacht, Grünstr. 21; Arbeiter-Bildungs-Schule, Gronauerstr. 37; Donnerstag abends 8-9 Uhr (Bibliothek).

Luna-Park.
Ab 25. Januar: Ausschank von „Triumphator“ aus dem Münchener Bürger-Bräu „Wintersportfest“ in Berchtesgaden. Volksbelustigungen, sonst Attraktionen. 3 Kapellen.
Heute: Eröffnung.

Unions-Brauerei
Hasenheide 22-31
Sensation über Sensation
Heute
Historischer Tanz um die Linde
Das ganze Publikum ist Preisrichter
4 wertvolle Silberpreise!
Außerdem erhält jeder 15. Gast einen prachtvollen Industriepreis
Grüß Gott!
Georg Langsche Truppe.

Zirkus Busch
Donnerstag, 25. Jan., ab 7 1/2 Uhr:
Gala-Sport-Abend!
Gastspiel Gertr. Arnold
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben:
Der Hexenkessel.
Vorher:
Sandi-Siwel and Amats (Java)
Hr. Schumann, Freiheitsdross.
3 Schwestern Blumenfeld, Reitkünstlerinnen.
Hr. Taft, der Geheimnisvolle.
Große Quadrille, geritten auf 12 Schulpferden, und das große Sport-Programm.

Moacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Weibner.
Anfang 8 1/2 Uhr. Bes. ufm. gültig.
Korsett: Dieselbe Verheißung.

Casino-Theater
Lehrbinger Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der ardhte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen.
Abendtäglich toller Beifall!

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt u. Wiegandstraße
Bis 1. Februar täglich:
Im Traumel des Glückes.
Schauspiel in 2 Bildern.
Die erstklassigen Spezialitäten
Jeden 1. u. 16. Programmwechsel.

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 25. Januar.
Gastspiel in
Puhlmanns Theater, Zehnhauser Allee 148.
Der Lumpensammler v. Paris
Drama in 5 Akte, von J. Vhat.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Zirkus A. Schumann
Donnerstag, 25. Jan., ab 7 1/2 Uhr:
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das neueste, noch nie dagewesene, nicht zu übertr. Ausstattungsstück der Gegenwart Das Motorpferd
in 5 Akten.
Sonntag in beid. Vorstellungen nachm. 3 Uhr, abends 7 1/2 Uhr:
Das Motorpferd

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4160.
Abendtäglich 7 1/2 Uhr:
Das echte, wahre großartige
Circus-Programm.
Keine Pantomime, darum tagtäglich ausverkauft
Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen v. A. Wertheim

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 122.
Anfang 8 Uhr.
Salon und Klotter.
Bollschäuspiel in 5 Akte v. Georg Dori.
Freitag: Zwillinge.
Sonnabend 4 Uhr: Frau Julie.
Abds. 8 Uhr: Salon und Klotter.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofmuen.

Theater in der Königsplatz Straße
8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Somit. Wm. 37, Uhr: Der ideale Bauer.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
Sylphiden — Geist der Rose — Polonaise Tänze — Kleopatra.
Somit. u. Somt. 8 Uhr: Wiener Blut.
Somt. nachm. 3 1/2 Uhr: **Patinitza.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akte v. Kéroul u. Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Quintessenz-Theater.
Donnerstag: Die Grille.
Freitag (Premiere): Aus Mangel an Beweisen.
Sonnabend 4 Uhr: Frau Julie.
Abends 8 Uhr: Berlin O.

